

epd Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Direktor Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Bert Wegener.

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs.

Verantwortlicher Redakteur epd-Dokumentation: Uwe Gepp

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags.

Bezugspreis:

- **Online-Abonnement** „epd Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 30,15 Euro, jährlich 361,80 Euro, 4 Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar. Der Preis für das Online-Abonnement schließt den Zugang zum digitalen Archiv von epd-Dokumentation (ab Jahrgang 2001) ein.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-225,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: kundenservice@gep.de

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-209

Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für „epd Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd Dokumentation“, bzw. Teile daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/ 58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de.

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 21. Juni 2022

www.epd.de

Nr. 25

■ Im Angesicht des Ukrainekrieges: Evangelische Friedensethik vor neuen Herausforderungen

Studientag der Evangelischen Akademie im Rheinland, der Evangelischen Akademie Sachsen, der Evangelischen Akademie Villigst, der Evangelischen Akademie Bad Boll und der Evangelischen Akademie Thüringen

12. Mai 2022 (digital)

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Bert Wegener
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur:
Uwe Gepp
Tel.: (069) 58 098 -135
Fax: (069) 58 098 -294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck:
Strube Druck & Medien GmbH
Stimmerswiesen 3
34587 Felsberg

■ Evangelische Friedensethik vor neuen Herausforderungen

»Der Angriffskrieg der russischen Armee auf die Ukraine, den Präsident Vladimir Putin am 24. Februar 2022 befahl, stellt eine Zäsur in der jüngeren Geschichte Europas dar, die weitreichende Folgen haben wird. Nicht nur die Friedensarchitektur innerhalb Europas ist davon betroffen, auch globalere geopolitischen Konstellationen werden sich infolge des Krieges verändern.

Das unmittelbare Leid der betroffenen Menschen in der Ukraine und der Vernichtungsversuch des ukrainischen Staates müssen so schnell wie möglich

beendet werden. In naher Zukunft müssen allerdings auch Strategien entwickelt werden, wie die Weltgemeinschaft mit Aggressoren umgeht, die Menschen- und Völkerrecht brechen und Atomwaffen besitzen.

In der evangelischen Friedensethik stellt sich angesichts dieser neuen Herausforderung die Frage, inwieweit das Leitbild eines gerechten Friedens uneingeschränkt weiter gelten kann. Es zeichnen sich unterschiedliche Positionen ab: Neben einer radikal-pazifistischen Position, die weiterhin ausschließlich auf Gewaltfreiheit setzt, gesellt sich eine Position, die die Einsetzung von Recht schaffender, bzw. Recht erhaltender Gewalt deutlich befürwortet.

Um den friedensethischen Diskurs offen und transparent zu gestalten, laden fünf Evangeli-

sche Akademien gemeinsam zu diesem digitalen Studientag herzlich ein.«

(Einladung zum Studientag am 12. Mai 2022)

epd Dokumentation legt mit dem vorliegenden Heft die dritte Ausgabe zur innerkirchlichen Debatte über den Krieg in der Ukraine und die Konsequenzen für die kirchliche Friedensethik vor. Die Ausgabe 12/2022 sammelte »Stimmen aus Kirche und Friedensgruppen zum russischen Angriff auf die Ukraine«, die 20/2022 schrieb die lebhafteste und anhaltende Diskussion fort: »Frieden schaffen – doch mit Waffen?« Die evangelische Kirche und der Ukraine-Krieg«

Quellen:

Im Angesicht des Ukrainekrieges: Evangelische Friedensethik vor neuen Herausforderungen

Studientag der Evangelischen Akademie im Rheinland, der Evangelischen Akademie Sachsen, der Evangelischen Akademie Villigst, der Evangelischen Akademie Bad Boll und der Evangelischen Akademie Thüringen
12. Mai 2022 (digital)

Inhalt:

Im Angesicht des Ukrainekrieges: Evangelische Friedensethik vor neuen Herausforderungen.

Studientag der Evangelischen Akademie im Rheinland, der Evangelischen Akademie Sachsen, der Evangelischen Akademie Villigst, der Evangelischen Akademie Bad Boll und der Evangelischen Akademie Thüringen, 12. Mai 2022 (digital)

▶ Akademiedirektor Prof. Dr. Jörg Hübner: Begrüßung, Wort in den Tag und Hinführung	4
▶ Prof. Dr. Andreas Heinemann-Grüder: Zur Genese des russischen Angriffskrieges in der Ukraine	6
Der Ukraine-Krieg und seine Bewertung in der evangelischen Friedensethik	
▶ Ralf Becker: Die bestehende evangelische Friedensethik bleibt gültig	11
▶ Landesbischof Friedrich Kramer: Impuls	14
▶ Prof. Dr. Reiner Anselm: Keine konsequente Neuorientierung, aber neue Akzentsetzungen	16
▶ Dr. Roger Mielke: Nach zwei Monaten – Aufgaben evangelischer Friedensethik angesichts des Krieges in der Ukraine	19
Reflexion dieses Disputs aus der Sicht von drei Mitautor_innen der Friedensdenkschrift von 2007	
▶ Prof. Dr. Eva Senghaas-Knobloch: Das sozialetische Leitbild des gerechten Friedens zu Zeiten des Krieges gegen die Ukraine. Zur EKD-Denkschrift von 2007	22
▶ Prof. Dr. Hans-Richard Reuter: Votum eines Mitverfassers zur Friedensdenkschrift 2007	24
▶ Thomas Rachel (MdB) Rückblick auf die Friedensdenkschrift von 2007 und aktuelle Herausforderungen	26
Blickwinkel Osteuropa	
▶ Landesbischöfin a.D. Ilse Junkermann: Mein Blick auf Osteuropa	28
▶ Renata Alt (MdB): Impuls	31
▶ Stephan Bickhardt: Friedensethik angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine 2022	33

Begrüßung, Wort in den Tag und Hinführung

Akademiedirektor Prof. Dr. Jörg Hübner, Evangelische Akademie Bad Boll

Herzlich heiße ich Sie im Namen der Evangelischen Akademien im Rheinland, in Neudietendorf, Villigst, Dresden und Bad Boll zu unserem digitalen Studientag willkommen! Wir freuen uns, dass Sie dabei sind und Teil haben an einem Diskurs! Seit dieser Zäsur, seit dem 24. Februar stehen die Menschen in der Ukraine, stehen wir in unserem Land, in unserer Kirche, aber eben auch wir mit unserer geprägten evangelischen Friedensethik vor ganz neue Herausforderungen.

Welche Orientierung können wir in solch einer Zeit anbieten und zur Diskussion stellen? An was können wir uns festhalten? Reicht die Friedensdenkschrift von 2007 noch aus? Muss über sie hinausgedacht werden, oder bleibt sie trotz dieser Zäsur unsere Grundlage? Und dann vor allem: Was sind die besten Schritte heraus aus dem Krieg?

Wir hoffen, dass wir dazu heute einen kleinen Beitrag zur Orientierung in einem lebendig geführten Diskurs leisten können. Miteinander. In Respekt und Achtung aufeinander. Und mit den Referentinnen und Referenten mit ihren Impulsen. Allen danke ich im Namen des Vorbereitungskreises sehr dafür!

Bevor wir so in diese Online-Tagung einsteigen: Wir haben eine Fülle von Anfragen erhalten, ob diese Tagung aufgezeichnet und dann im Nachgang in Ausschnitt zur Verfügung gestellt werden kann. Wir haben diese Anfrage im Vorbereitungsteam beraten und uns dazu entschlossen diesen Weg zu gehen. Deswegen: Wir werden diese Tagung nun aufzeichnen, jedoch und ausschließlich die Impulse der Referent_innen und Referenten verwenden. Allein aus praktischen Gründen nehmen wir allerdings die gesamte Tagung auf, um zu verhindern, dass nach jedem Impuls ein Export der Datei erfolgen muss. Seien Sie also sicher: Alles Weitere wird gelöscht. Hierfür bitten wir um Verständnis.

Lassen Sie uns, bevor wir in den Diskurs einsteigen, besinnen auf das, was uns als Christinnen und Christen hält und trägt. Lassen Sie uns mit einem kurzen Wort in den Tag beginnen:

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

es war am 25. Februar, einen Tag nach dieser Zäsur des 24. Februar. Zwei Tage, bevor Bundes-

kanzler Olaf Scholz von einer »Zeitenwende« im Bundestag sprach: In der ZEIT veröffentlichte der bekannte Münchener Soziologe Armin Nassehi an diesem Tag einen Essay mit dem vielsprechenden Titel »Die Rückkehr des Feindes«.

Er argumentiert dort so:

Die Demokratie lebt von der Ergebnisoffenheit der Diskurse und der Wahlen. Sie lebt von einer Gesellschaft, die auf die völlige Bestimmung ihrer Möglichkeiten verzichten muss. Die Freiheit radikal in ihr Selbstverständnis einbaut. Putin und die russische Nomenklatura sehen, wie gefährlich solch eine Ergebnisoffenheit für sie sein könnte, wie bedrohlich der Algorithmus der freien Wahl ist. Darum wird diese Ergebnisoffenheit weggesperrt, vergiftet oder mundtot gemacht. Armin Nassehi weiter: »Dieser Feind muss ein Feind genannt werden, weil er das ganz andere der gesellschaftlichen Möglichkeiten (sc. der Demokratie) ist.« Die Feindschaft von außen gegen die Demokratie ist wieder zurück, und Armin Nassehi hofft, dass dieses Bewusstsein, einen Feind zu haben, die demokratische Bindung nach innen hin wieder stärken könnte. Das ist »vielleicht der einzige positive Aspekt der jüngsten Ereignisse. Wir haben wieder einen Feind, der den Blick auf uns selbst lenkt.« Und er schließt mit den Worten: »Nehmen wir ihn intellektuell an.«

Wir, wir inmitten der Demokratie, wir in der westlichen Gesellschaft haben wieder einen Feind! Mich als Theologen und Christ hat diese auf den Punkt gebrachte Formulierung aufhorchen lassen.

Es schwingt ja bei Armin Nassehi mit: Endlich können wir uns abgrenzen – gegen Russland und China. Wir können uns auf unsere demokratischen Fähigkeiten und Kompetenzen besinnen. Wir und unsere Freiheit – gegen den Feind. Und dann die Aufforderung: »Nehmen wir ihn (also den Feind) intellektuell an.«

Wir als Christinnen und Christen kennen da noch eine andere Perspektive: »Liebet eure Feinde und bittet für die, die euch verfolgen, damit ihr Kinder seid eures Vaters im Himmel« (Mt 5,44), sagt Jesus in der Bergpredigt. Dieses Gebot der Feindesliebe hat es in sich. Vielleicht ist es sogar das Markenzeichen der Verkündigung Jesu. Die Bot-

schaft, die die Verkündigung Jesu abhebt von allen anderen Religionen und Weltanschauungen. Es ist das Gebot, das gesellschaftlich und politisch am meisten Zündstoff in sich trägt.

»Liebet eure Feinde und bittet für die, die euch verfolgen.« Den Feind, den es ohne jeden Zweifel gibt und den auch keine oder keiner so eben mal aus der Welt hinaus schaffen kann, den sollen wir verstehen, annehmen, und mehr noch: ihn lieben.

Was für eine Provokation!

Nicht nur intellektuell annehmen, wie Armin Nassehi meint. Den Feind lieben. Nicht aus Taktik. Und auch nicht als Methode der psychischen Kriegsführung. Sondern als starker Ausdruck davon, dass Gottes »Ja« jedem Menschen gilt. Wirklich jedem. Auch, wenn ich selbst es kaum glauben kann. In West und Ost. Ausdruck davon, dass Gottes Reich keine jenseitige Kiste ist, sondern uns schon jetzt in einer unglaublichen Dynamik erfasst. Hier, in dieser Welt.

Und darum kommen wir als Christinnen und Christen in solchen Kriegszeiten nicht darum herum, einen Moment inne zu halten. Was soll jetzt geschehen? Was ist denn der beste Ausweg aus diesem Krieg? Die mit moralischem Eifer vorgetragene Überzeugung, mit dem auch hierzulande ganz selbstverständlich die Lieferung schwerster Waffen eingefordert wird, ist nicht unsere Sache. Aber auch nicht die mit dem gleichen moralischen Eifer vorgetragene Überzeugung, die Ukrainer sollten doch um des lieben Frieden Willen aufgeben und kapitulieren. Fragezeichen, große Fragezeichen sind hier angebracht. Es handelt sich um sehr komplexe Fragen. Das gemeinsame Suchen nach Auswegen inmitten unserer Ratlosigkeit ist also angezeigt. Das Wahrnehmen unterschiedlicher Perspektiven.

»Liebet eure Feinde!« Das ist an erster Stelle die Aufforderung, den Verstand nicht durch Hass oder Besserwisserie vernebeln zu lassen.

Denn, auch wenn wir es in diesen Tagen kaum zu glauben wagen, das Böse ist besiegt. Das Böse hat im Letzten seine Macht verloren. Das uneingeschränkte »Ja« Gottes zu jedem Menschen bleibt bestehen. Oder, um es mit den Worten Jesu in dem dann folgenden Vers zu sagen: »Denn Gott lässt seine Sonne aufgehen über Böse und Gute und lässt regnen über Gerechte und Ungerechte« (Mt 5,45b).

So wünsche ich uns allen in diesen Tagen und Wochen einen wachen Kopf und ein aufmerksames Herz. Und dann ein verantwortungsvolles Abwägen. Gott möge es uns geben!

Und der Friede, der höher ist als alle Vernunft, bewahre unsere Herzen und Sinne in Christus Jesus, unseren Herren. Amen.

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

nicht nur innerhalb unserer evangelischen Kirche wird diese Diskussion teilweise heftig und emotional aufgeladen geführt. Da sind die beiden offenen Briefe an Bundeskanzler Olaf Scholz: Der eine Brief in der Zeitschrift »Emma« spricht für eine Zurückhaltung bei der Lieferung von Waffen an die Ukraine aus, der andere offene Brief in der ZEIT fordert das Gegenteil. Am Sonntag lieferten sich in einer Talkshow Harald Welzer auf der einen Seite und Ruprecht Polenz auf der anderen Seite dazu einen verbalen »Schlagabtausch«, durch den einige andere Diskussionsteilnehmende sich teilweise unangenehm berührt fühlten. Unterschiedliche Einschätzungen und Urteile stehen sich also gegenüber – auch in unserer evangelischen Kirche. Zwei *epd-Dokumentationen* sind dazu schon in einem sehr geringen zeitlichen Abstand erschienen, und auch diese Tagung wird ganz bald in *epd* dokumentiert werden. Dies zeigt ebenfalls an: Diese Frage rührt uns an. Nicht nur deswegen, weil das Leid der Menschen in der Ukraine entsetzlich und der Eroberungszug der russischen Streitkräfte jedes Völkerrecht seit 1945 mit Füßen tritt. Sondern auch deswegen, weil der Kern unserer christlichen Friedensbotschaft betroffen ist.

So freue ich mich, dass es in der Kürze der Zeit gelungen ist, die sehr unterschiedlichen Positionen miteinander ins Gespräch zu bringen. In siebenminütigen Impulsen stellen zunächst vier engagierte Persönlichkeiten ihre Meinung zur Frage:

»*Evangelische Friedensethik vor neuen Herausforderungen: Bitte skizzieren Sie in Ihrem Eingangsimpuls, welche hilfreiche Orientierung stellt Ihnen die geprägte evangelische Friedensethik für den aktuellen Krieg in der Ukraine zur Verfügung? In welcher Hinsicht sollte diese Positionierung neu bedacht werden?*«



Zur Genese des russischen Angriffskrieges in der Ukraine

Prof. Dr. Andreas Heinemann-Grüder, Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

War Russlands Krieg gegen die Ukraine vorhersehbar und zu verhindern? Was sind die Triebkräfte des Geschehens? Mit welchen Rastern betrachten wir den Konflikt, und was übersehen wir? Haben wir Wunschvorstellungen auf Russland projiziert? Was sind die vorläufigen Lehren?

Wir sind am 24.2.2022 nicht in einer neuen Welt aufgewacht. Putin stand von Anfang an, seit Ende 1999, für einen barbarischen Tschetschenienkrieg, für die Zentralisierung der Macht, den starken Staat, die Verherrlichung des Militärs, die Renaissance des Imperialismus und innenpolitische Repression. Damit war nicht vorherbestimmt, dass Putin später Krieg gegen die Ukraine führen würde, aber es gehörte zum Repertoire des Möglichen. Manche Politiker, Medienvertreter und Friedensfreunde in Deutschland haben aufgrund des Selbstbildes als Brückenbauer, aus Geschäftsinteressen, aus Anti-Amerikanismus oder auch nur Gleichgültigkeit nicht erkennen wollen, dass Putins Regime sich immer weiter radikalisiert.

Erklärungen für russisches Verhalten

Die gängigen Erklärungen für Russlands Krieg entspringen dem sogenannten »Realismus«, den es in einer offensiven und einer defensiven Version gibt. In der offensiven Variante sind Staaten stets daran interessiert zu expandieren. Insbesondere große Staaten operieren mit Null-Summen-Spielen, wonach jeder Verlust der anderen Seite als Gewinn für die eigene Seite verbucht wird. In der offensiven Deutung kämpfen Großmächte um Einflussphären, der Konflikt handelt nicht vom Völkerrecht, von Normen, sondern nur von Status, Macht und Ressourcen. Die Ukraine ist demnach ein Spielfeld für den Großkonflikt zwischen der NATO, den USA und Russland.

In der offensiven Interpretation gibt es keine Kooperation, sondern ein sozialdarwinistisches Verständnis der internationalen Beziehungen: Es gilt das Recht des Stärkeren. Jede Seite maximiert den Nutzen auf Kosten der anderen. In der offensiven Sicht des »Realismus« ist der Krieg Ausdruck eines expansiven und aggressiven Russlands, der Krieg war unvermeidbar und Kooperation nur eine Illusion. Der offensive Realismus ist fatalistisch, ihn kümmert nicht der konkrete Nachweis von Absichten oder Handlungsketten, das Verhalten wird aus Makrostrukturen deduziert.

Laut defensiver Interpretation vertritt Russland hingegen legitime Sicherheitsinteressen und stellt sich der Ausdehnung der NATO entgegen. Bei der defensiven Variante, die von den Russen selbst und von den sogenannten Putin-Verstehern vorgetragen wird, hat sich die NATO auf Kosten Russlands ausgedehnt und vermeintliche Zusagen nicht eingehalten. Die Nato wurde schon in den 1990er Jahren ohne Not erweitert und die Kriege im Kosovo und gegen Irak unter Missachtung des UN-Sicherheitsrates geführt.

Litt Russland unter einer eingebildeten, vorgehobenen oder realen Bedrohung? Bis zum Krieg gab es nur zwei kleine NATO-Staaten mit einer gemeinsamen Grenze zu Russland - Estland und Lettland -, von denen keine Angriffsfahr für Sankt Petersburg oder Moskau ausging. Der französische Präsident Macron war und ist auch kein wiedergeborener Napoleon, der in Moskau einmarschieren will. Auch Kanzler Scholz ist kein reinkarnierter Hitler. Russlands Einkreisungsängste mögen paranoid sein und gar nicht auf einer konkreten Bedrohungswahrnehmung basiert haben, aber die russische Elite fühlte sich wohl missachtet.

Putin sprach in seiner Rede am 9. Mai 2022 vom Präventivkrieg. Wenn Russland nicht im Februar angegriffen hätte, dann wäre ein Angriff von der anderen Seite gekommen. Für diese Schutzbehauptung gibt es keine faktische Grundlage: Von der Ukraine ging mitnichten eine Gefahr für Russland aus. Und trotzdem durchzieht dieses Narrativ die russische Legitimation.

Russland wirbt um Verständnis für sein Vorgehen unter den Amerika-Kritikern in der hiesigen Linken, unter den rechten Nationalpopulisten der AfD und den Vertretern der Entspannungspolitik. Die defensive Sicht läuft allerdings Gefahr, die russische Rhetorik für bare Münze zu nehmen, zum Opfer einer Rechtfertigungserzählung zu werden. Aber sie lenkt den Blick zumindest auf die russische Angst vor Einkreisung und Verschwörung.

Nach der »konstruktivistischen« Sicht leben Staaten ihre Selbst- und Fremdbilder in den internationalen Beziehungen aus, d.h. gesellschaftlich konstruierte Vorstellungen davon, was eine Nation sein will bzw. welches Bild die Eliten eines Staates nach außen projizieren wollen. Die Rus-

sen sind demnach Panslawisten und wollen Vormacht der slawischen Staaten sein, sie sind gefangen in einem euro-asiatischen Narrativ. Die russische Führungsspitze sieht sich zudem als Speerspitze des globalen Anti Liberalismus, in einer Einheit mit anderen autoritären bzw. illiberalen Staaten. Letztlich lebt Russland dieser Sichtweise zufolge ein von den Eliten und Teilen der Gesellschaft konstruiertes anti-westliches Selbstbild aus. Da sich die russische Führung dem Dialog der Zivilisationen, dem Austausch über Werte und Normen entzieht und sein Selbstbild absolut setzt, nicht in Relation zu den Selbstverständnissen anderer Nationen, insbesondere der Ukraine, wurde ein Krieg zwar nicht unvermeidlich, aber durch die Selbstisolation der »russischen Welt« wahrscheinlich.

Die innenpolitische Erklärung besagt, dass das russische Verhalten nur die Fortsetzung der Autokratie im Innern mit militärischen Mitteln ist. Demnach hat sich das russische Regime im letzten Jahrzehnt radikalisiert. Wie der zweite Tschetschenienkrieg, die Abschaffung des Föderalismus und die Repression freier Medien zeigten, war Putins Regime von Anfang darauf bedacht, von der Jelzinschen Demokratisierung abzuweichen. Die innere Repression im Putinschen Regime führte von einer defekten Demokratie zum Semi-Autoritarismus und über einen kompetitiven Autoritarismus schließlich zur offenen Diktatur. Die Betriebsweise der russischen Innenpolitik übertrug sich auf das außenpolitische Verhalten. Nach der innenpolitischen Deutung ist die Autokratie die zentrale Erklärung für das russische Verhalten. Da die Möglichkeiten externer Akteure, auf die Innenpolitik und dessen Determinanten einzuwirken, außerordentlich beschränkt sind, ließ sich der Krieg kaum verhindern.

Eine vierte Erklärung hebt auf die Entscheidungsprozesse in Russland ab. In Russland gibt es kaum mehr Vetomächte und wenige Interessengruppen, die erfolgreich Lobbyismus betreiben können. Ein kleiner Kreis von den Vertretern der Sicherheitsapparate, die sogenannten Siloviki, entscheidet. Zu den Entscheidungsträger gehört der Nationale Sicherheitsrat mit dem Geheimdienst FSB, der Armee, dem Auslandsgeheimdienst, dem militärischen Geheimdienst GRU, dazu kommen noch die Nationalgarde und der föderale Sicherheitsdienst. Wenn wir verstehen wollen, was Russland macht, dann müssen wir folglich auf den militärisch-industriellen Komplex Russlands gucken, auf dessen Interessen, die Interaktion und das relative Gewicht der Apparate und Organe. Leider man kann das Arkanum die-

ser Entscheidungsträger kaum betreten, man begibt sich ins Reich der Kremlastrologie, der Mutmaßungen und Deutung von Indizien.

Eine fünfte Erklärung, welche die Medien stark dominiert, besagt, dass alle Entscheidungen aus Putin heraus zu erklären sind. In der Tat gibt es im heutigen Russland weitaus weniger kollektive Entscheidungen als zu Sowjetzeiten. Selbst die Chefs der Sicherheitsapparate werden von ihm öffentlich vorgeführt.

Schließlich hebt ein systemischer Ansatz auf die Interaktion mit dem Westen ab. Putin ist demnach nicht autistisch, sondern reagiert auf Signale. Der Krieg ist folglich eine Form der Kommunikation, es gibt Aktions-Reaktions-Schemata, d.h. Mechanismen, die sich wechselseitig bestärken. Ein systemischer Ansatz sieht im Konflikt mit Russland einen Ordnungskonflikt, der tiefere Ursachen hat als nur die innenpolitischen Entscheidungsprozesse. Demnach kehren wir zu einer fundamentalen globalen Auseinandersetzung um Ordnungsprinzipien und Normen zurück.

All diese sechs Ansätze prägen idealtypisch unsere Sichtweisen, sie haben ihre Stärken, aber auch Grenzen, und mein Plädoyer ist, sich die jeweiligen Erklärungsreichweiten zu vergegenwärtigen. Kein Erklärungsansatz muss exklusiv behandelt werden, es kann durchaus eine Ökumene der Ansätze geben.

Russische Interessen

Russlands politische Führung möchte den Weltmachtstatus des Landes bewahren und ihn anerkannt bekommen. China war aus russischer Perspektive vor 30 Jahren noch ein Entwicklungsland, doch jetzt hat es Russland überholt - wirtschaftlich, technologisch, zum Teil militärisch. Russland möchte gleichwohl den Status der früheren Sowjetunion beerben, obschon seine Ökonomie dies nicht rechtfertigt. Russland ist in Bezug auf das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung gegenüber den Transformationsländern in Mittel-Osteuropa ins Hintertreffen geraten. Das Bruttosozialprodukt ist vergleichbar mit Spanien oder Italien, aber das Selbstbild schießt darüber weit hinaus. Der Ruf nach Staturerhalt widerspricht den materiellen Realitäten.

Russlands Führung möchte darüber hinaus ein strategisches Gleichgewicht mit den USA bewahren und reklamiert einen cordon sanitaire aus früheren Warschauer Vertragsstaaten, also nicht

nur im post-sowjetischen Raum. An der Westgrenze möchte Russlands Führung schwache Pufferstaaten sehen und zum Stand von 1997 zurückkehren, d.h. die Zeit vor der Unterzeichnung der Russland-Nato-Akte. Ein bleibendes Interesse Russlands besteht auch darin, wie schon während des Ost-West-Konfliktes, dass die Europäer sich von den USA abkoppeln.

Darüber hinaus soll die Ukraine keinem westlichen Bündnis angehören. Die Ukraine hatte 1994 die Atomwaffen abgegeben und sich verpflichtet, neutral zu bleiben. In den Jahren 2014/15 und im neuen Krieg musste die Ukraine allerdings erfahren, dass Neutralität von Putins Regime mitnichten gewürdigt, sondern als *carte blanche* für Missachtung der Souveränität behandelt wird.

Russlands Geheimdienste und Militärplaner dachten, die Ukraine wäre eine leichte Beute. Wunschvorstellungen und Fantasien leiteten die russische Kriegsplanung. Am Anfang des Krieges appellierte Putin zunächst an das ukrainische Militär, einen Putsch gegen Präsident Selenski durchzuführen. Nachdem dies scheiterte, war von der Entmilitarisierung die Rede, dann von der Entnazifizierung. Die Kriegsziele werden den Umständen angepasst, dies erschwert es, die ultimativen Ziele einzuschätzen. Die taktischen Ziele werden den Realitäten angepasst, aber das strategische Ziel besteht wohl in einer Rückabwicklung der NATO-Osterweiterung und im Status als Großmacht in Europa. Die russischen Eliten sehen sich als dominante Macht im eurasischen Raum, in dem sie auch keine westliche Einmischung haben wollen. Dies schließt auch Zentralasien ein, wo sie allerdings auch mit China konkurrieren müssen, zum Teil auch mit der Türkei. Im Südkaukasus kommt Konkurrenz mit dem Iran hinzu.

Der Schock des arabischen Frühlings von 2011, der Sturz von Gaddafi in Libyen, der Sturz von Präsident Mubarak in Ägypten, der Bürgerkrieg in Syrien, die Demonstrationen in 2011 und 2012 in Moskau, Sankt Petersburg und anderen Großstädten haben Schockwellen durch das russische System gesendet. Die Rückübergabe der Macht von Präsident Medwedew an Präsident Putin war mit Massenprotesten verbunden. Der Versuch einer kontrollierten Liberalisierung hat nährte die alten Befürchtungen vor einer Gorbatschowschen Perestroika. Vor etwas mehr als zehn Jahren entwickelte sich die autokratische Stabilität zu einem zentralen Motiv in Russland. Es galt den Einfluss von NGOs und westlichen Medien zurückzudrängen und von Parteien, die westlich

orientiert sind, um dem Szenario eines arabischen Frühlings bzw. im post-sowjetischen Raum vorzubeugen.

Ferner beansprucht Russland, die »russische Welt« zu vertreten, also nicht nur die russischen Staatsbürger, sondern Vertreter der russischsprachigen Menschen auch außerhalb Russlands. Dieser Anspruch betrifft nicht nur den postsowjetischen Raum, sondern auch die Russischsprechenden in Deutschland oder anderen europäischen Staaten. Teil dieses transnationalen Vertretungsanspruches ist die russische Orthodoxie, die als Medium der Vereinigung der russischen Welt dient, als deren kulturelle Basis. Schließlich möchte Russlands Elite Militärbasen nicht nur im postsowjetischen Raum, sondern auch im Nahen Osten dauerhaft errichten. Die Aktivität von privaten Militärfirmen zum Beispiel Mali oder Zentralafrikanische Republik oder in Mosambik gehört ebenfalls zur militärischen Machtprojektion. Russland zeigt Militärpräsenz, in afrikanischen Staaten, es möchte westliche Militärpräsenz dort zurückdrängen, und es möchte seine Energieträger, Waffen und Kernkraftwerke explodieren.

Zu den inneren Voraussetzungen des Krieges gehört die Militarisierung der russischen Gesellschaft, die Niederschlagung der Proteste seit 2011, die innenpolitische Repression. Es gibt keine Machtbeschränkung, keine »Checks and Balances«, selbst die großen Oligarchen haben keine Vetomacht mehr. Entscheidungen werden im Nationalen Sicherheitsrat statt im Kabinett getroffen, die Politik ist hochgradig personalisiert. Innenpolitik ist in Russland eigentlich nur noch Sicherheitspolitik. Wer nicht der herrschenden Meinung, ist »fünfte Kolonne« des Westens.

In Russland ist das Modell des Petro-Staates an seine Grenzen gekommen, d.h. die Fusion von Business und politischer Macht. Russland hat kaum technologische Innovationen vorangebracht, es ist eher ein Retro-Staat, dessen Eliten geistig im 19. Jahrhundert leben. Verkauft wird die Größe Russlands, aber auf keins der Probleme des 21. Jahrhunderts, darunter den Klimawandel, die Urbanisierung, die Zukunft der Arbeit, die Digitalisierung oder den demografischen Wandel hat Russland eine Antwort zu bieten. Insofern hat der Ruf nach Statusanerkennung eine ausgeprägt kompensatorische Funktion.

Dimensionen des Krieges gegen die Ukraine

Die Erklärungen für russische Kriegsziele haben sich schon mehrfach geändert. Man fragt sich

manchmal, gilt die gestrige Erklärung noch? Die Ukraine wird vom Kreml als Anhang des russischen Imperiums, nicht als eigenständiger, souveräner Nationalstaat betrachtet. Die Ukraine ist im russischen Verständnis zudem nur Marionette der USA, keine autonome Kraft. Russland versteht sich selbst hingegen nicht als Nationalstaat, sondern als Erbe des zarischen und sowjetischen Imperiums. Die Sowjeterbenschaft wird wiederum zwischen Russland und der Ukraine konträr interpretiert. Im Donbass spielen unter der älteren Generation spät-sowjetische Identitäten nach wie vor eine Rolle, insbesondere die Erbschaft mono-industrialisierter Städte, die die Transformation nicht erfolgreich bewältigen konnten.

In den ersten knapp 25 Jahren nach der Unabhängigkeit existierte eine gewisse Machtbalance zwischen den Regionen der Ukraine. Der frühere Präsident Janukowytch war Vertreter der Partei der Regionen, die im Donbass stark vertreten war. Schließlich gab es die Spaltung der Ukraine in pro-europäische und pro-russische Orientierungen, der immer schärfer wurde. Schließlich stritten sich beide Seite um die Erbschaft des »Großen vaterländischen Krieges«. Für die Russen fand der Zweite Weltkrieg zwischen 1941-45 statt, die Zeit von 1939-1941 mit der Teilung Polens (gemeinsam mit Hitler-Deutschland), der Krieg gegen Finnland, die Annexion des Baltikums und der Krieg mit Rumänien werden aus dem russischen Narrativ ausgeblendet. Zugleich sieht sich Russland als moralischer Alleinerbe des Zweiten Weltkrieges.

Mit der Ukraine wird ferner ein Konflikt um die Ent-Russifizierung ausgetragen, die Teil der Nationalstaatsbildung in der Ukraine ist, und zwar obschon z.B. Kiew stets eine russischsprachige Stadt war. Heute ist die russische Sprache ein Symbol für die Sprache des Feindes. Wenn es eine Kraft gab, die die Nationalstaatsbildung der Ukraine gegen Russland entscheidend befördert hat, dann war es Putins Politik.

Ein ständiger Konflikt war seit 2014 der Status des russisch kontrollierten Donbass, der mit hohen Kosten verbunden ist. Die russische Regierung setzte nicht mehr auf Diplomatie, auf eine Föderalisierung der Ukraine oder auf Autonomie, sondern auf die endgültige Loslösung des Donbass von der Ukraine, auf die Landbrücke zur Krim und die Verwandlung des Asowschen Meers in ein Binnenmeer. Unklar ist, ob jetzt oder später alle Seehäfen der Ukraine unter russische Kontrolle kommen sollen, d.h. Russland den Zugang der Ukraine zum Schwarzen Meer künftig blockiert.

Zwischenzeitlich redete die russische Propaganda von chemischen Waffen in der Ukraine einer bevorstehenden Atombewaffnung.

Geschätzte acht Millionen Menschen leben seit Kriegsbeginn nicht mehr an ihrem ursprünglichen Ort. Aus dem Beschuss von Wohngebieten und der Zerstörung von Infrastruktur lässt sich vermuten, dass Russland an ethnischer Homogenisierung, an Vertreibung und Besiedlung durch pro-russische Bevölkerungsteile gelegen ist.

Wenn man den Modus Operandi der Russen untersucht, dann findet man Verhaltensmuster, auf die wir uns einzustellen haben. Gewiss gehört zum russischen Modus operandi die Demonstration von Eskalationsdominanz, eine Politik am Abgrund, Null-Summen-Spiele und Ablenkungskriege, die patriotische Zustimmung zu Hause generieren. Russlands Führung hat keinerlei Scheu, Kriegsverbrechen zu begehen, darunter Zivilbevölkerung zu bombardieren. Das russische Militär hält sich nicht an Vorgaben der Genfer Konventionen. Kriegsverbrechen gehören zum Modus Operandi der russischen Führung. In der Ukraine wiederholt sich, was wir an russischen Kriegsverbrechen bereits in Aleppo, Homs und Idlib sehen konnten.

Russland unterstützt auch anti-westliche Allianzen im globalen Süden, was jetzt auch bei der Ernährungskrise, die infolge des Krieges auch arabische und afrikanische Staaten betrifft, eine Rolle spielt. Schließlich schmiedet die russische Führung Allianzen mit der extremen Rechten und der extremen Linken in Europa. AfD-Abgeordnete oder Abgeordnete von »Die Linke« wurden in den Donbass und auf die Krim eingeladen. Zu Treffen mit rechtsextremen Gruppen rief die russische Regierung selbst ein. In verschiedenen europäischen Staaten, insbesondere bei den Autokorso, spielen Biker Clubs auch eine organisierende Rolle.

Warum gibt es Unterstützung für Putin?

Putin wird von vielen Russen, aber auch von Russisch-Sprechenden hierzulande, verehrt. Im Grunde hat es keine Abkehr vom Stalinismus gegeben, die seinerzeitige Repressions- und Angstkultur lässt sich reanimieren. Die Furcht vor Ent-Russifizierung in Russlands Nachbarstaaten ist unter den ethnischen Russen virulent. Russland hat unter Putin meines Erachtens eine Gewaltkultur hoffähig gemacht, die mit vollkommener Gleichgültigkeit gegenüber Gewaltopfern einhergeht. Russen werden wiederum als eigentliche

Opfer porträtiert. »Wir sind die neuen Juden, die verfolgt werden«, lautete das Narrativ. Entstanden ist eine Kultur der Teilnahmslosigkeit, die nur sich selbst als Opfer sieht, aber überhaupt keinen Blick für andere Opfer hat, sondern exklusiven Opfer-Status für sich reklamiert. Das offizielle Russland kultiviert ferner die »konservativen Werte« gegenüber einem Europa, das mit Verfall identifiziert wird.

Das Trauma des »Großen vaterländischen Krieges« ist für das heutige Russland ein Heiligtum. Indem man das fundamentale Trauma auf die Gegenwart überträgt, werden Urängste geschürt und gleichzeitig soll das Volk wieder geeint hinter dem Führer zusammenstehen. Dahinter steckt letztlich eine charismatische Erwartung, also die Umkehr der Ohnmacht der Bevölkerung in Erlösung durch den charismatischen Führer.

Lange haben westliche Beobachter das Fortwirken von Verhaltensmustern des homo sovieticus unterschätzt, insbesondere bei der älteren Generation. Schon zu Sowjetzeiten ließ sich Chauvinismus beobachten, die Vorstellung vom großen Bruder in Gestalt der Russen, der rassistische Blick auf nicht-slawische Völker entgegen des offiziellen Internationalismus. Ähnlich den Ressentiments im ehemaligen Jugoslawien ist ein breites Repertoire an Xenophobie gegenüber den Ukrainern fortgeführt worden. Schließlich sind viele Russen aggressiv, weil sie den Fall aus dem Olymp nicht verkraftet haben. Putin kehrt die Stolz-Scham-Balance wieder um, und zwar entgegen der schwachen Leistungsbilanz des Staates in vielen Bereichen der Daseinsfürsorge. Außer Bodenschätzen und Waffen hatte man nichts vor-

zuweisen nach mehr als 30 Jahren seit Auflösung der Sowjetunion.

Perspektiven

Am wahrscheinlichsten ist ein langer Abnutzungskrieg, der irgendwann in einen zerbrechlichen Waffenstillstand mündet. Die Ukraine kann Widerstand leisten, aber nach Lage der Dinge nicht alle russischen Eroberungen rückgängig machen.

Die Durchhaltefähigkeit der Ukraine wird primär durch die Waffenlieferung seitens der USA und Großbritanniens bestimmt. Deutschland und Frankreich könnten frühzeitig auf ein neues »Minsker Abkommen« drängen, d.h. auf ukrainische Kompromisse, die Russland entgegenkommen. Eine Rückkehr zu einer OSZE ist freilich unwahrscheinlich. Russland dürfte sich auf einen solchen Waffenstillstand nur temporär und in großer Not einlassen, um Kräfte für einen neuen Krieg zu sammeln.

Aufgrund der Kosten des Krieges kann es zu einem Regimekollaps in Russland kommen, allerdings wäre dies eher Folge als Ursache eines verlorenen Krieges.

Kann es noch Frieden mit Putin geben? Vermutlich nicht.

Kann es Sicherheitsgarantien für die Ukraine geben und wer würde sie stellen? Vermutlich nur eine Koalition der Willigen unter Einschluss Chinas. 

Der Ukraine-Krieg und seine Bewertung in der evangelischen Friedensethik

Die bestehende evangelische Friedensethik bleibt gültig

Ralf Becker, Initiative »Sicherheit neu denken«, Evangelische Landeskirche in Baden

Für den Umgang mit dem aktuellen Krieg in der Ukraine halte ich das in der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 und in der Kundgebung von 2019 formulierte Paradigma für äußerst hilfreich:

1. Vorrang der Gewaltlosigkeit;
2. Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz für gerechten Frieden;
3. Frieden durch Ausbau der internationalen Rechtsordnung;
4. Frieden durch Abrüstung und Rüstungskontrolle;
5. Frieden durch begrenzten Einsatz rechtserhaltender Gewalt.

Die Regierung der Ukraine hat sich angesichts des völkerrechtswidrigen militärischen Überfalls Russlands für die militärische Verteidigung ihres Landes entschieden. Die ultima ratio unserer Friedensethik legitimiert dies ebenso wie externe Waffenlieferungen an die Ukraine zur Unterstützung ihrer militärischen Notwehr.¹

Auch die anderen in der Denkschrift von 2007 und in der Kundgebung der EKD-Synode 2019 formulierten Aspekte haben weiter ihre Berechtigung und Gültigkeit. Insofern sehe ich keine Notwendigkeit einer Überarbeitung unserer Friedensethik.

Der Krieg in der Ukraine führt uns – in ähnlicher Weise wie andere andauernde Kriege in der Welt – vor Augen, dass die Überwindung kriegerischer Gewalt nur in Demut und Beharrlichkeit über längere Zeit erreichbar ist. Wir befinden uns in einer neuerlichen Schleife von Gewalt und Gegengewalt. Es gilt jetzt, entschlossen und gleichzeitig auch besonnen und mit langfristigen Augenmaß auf diesen Krieg zu reagieren.

In der Charta von Paris sind 1990 ganz im Sinne unserer Friedensethik die Souveränität der Staaten, der Aufbau einer gemeinsamen Sicherheits-

ordnung sowie gegenseitig kontrollierte Abrüstung als miteinander verbundene Pfeiler einer zukünftigen Friedensordnung in Europa vereinbart worden.

Um das unmittelbar in der Ukraine und mittelbar weltweit mit dem Krieg verbundene Leid nachhaltig einzugrenzen, gilt es, neben der kurzfristigen militärischen Stärkung der Ukraine genau diesen Dreiklang erneut in seiner Gesamtheit in den Blick zu nehmen.

Der in unserer Friedensethik betonte Aufbau einer befriedenden europäischen Friedensordnung ist nicht nur am aktuellen Angriffskrieg Russlands gescheitert, sondern ebenso an unserer bisher mangelnden Entschlossenheit zum Aufbau einer wirklich gemeinsamen europäischen Sicherheitsordnung.

Die Studiengruppe Europäische Sicherheit und Frieden der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler hat 2019 in ihrem Beitrag »Mythos Russland hat die europäische Friedensordnung aufgekündigt«² darauf hingewiesen, dass nach 1990 in Europa die Chance auf eine inklusive friedens- und sicherheitspolitische Ordnung bisher nicht genutzt wurde:

Zitat: »Es fehlte vor allem an der Bereitschaft zur wechselseitigen Anerkennung und inklusiven Gemeinschaftsbildung. Die Hauptverantwortung hierfür trägt der Westen: Weder wollte er Moskau gleichberechtigt einbinden noch der KSZE die für eine erfolgreiche Krisenbearbeitung nötigen Instrumente bereitstellen.«

»Die dem Kreml zugestandenem Formate stellen keinen gleichwertigen Ersatz für eine inklusive Friedensordnung dar: Im 1997 gegründeten ... NATO-Russland-Rat sitzt Moskau sämtlichen Mitgliedern des Bündnisses gegenüber, bleibt aber ohne Einfluss auf dessen Entscheidungen.«
Zitat Ende.

Auch beim zweiten der drei 1990 vereinbarten europäischen Sicherheitspfeiler, der gegenseitig

kontrollierten Abrüstung, waren wir nicht konsequent genug: Die USA setzen seit dem Jahr 2000 ohne Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshofs auf weltweite militärische Dominanz³ und haben seit dem Jahr 2001 zahlreiche Abrüstungsverträge gekündigt, die Bestandteil einer nachhaltigen europäischen Friedensordnung waren.

Entsprechend unserer Friedensethik sollten wir die Politik daher klar zu Verhandlungen über folgende Aspekte ermutigen:

- eine militärische Neutralität der Ukraine mit internationalen Sicherheitsgarantien,
- mittelfristiger Aufbau einer Russland auf Augenhöhe einbindenden europäischen Sicherheits- und Friedensordnung,⁴
- umfassende Abrüstungsverhandlungen,
- sowie weitgehende Autonomie- und nationale Symbolrechte der Ostukraine unter Wahrung der territorialen Integrität der Ukraine nach dem Beispiel der zwischen Schweden und Finnland gelegenen Åland-Inseln.⁵

Angesichts des weltweit drohenden Klimakollapses⁶ und des bereits bestehenden mehrfachen militärischen und wirtschaftlichen Übergewichts der NATO gegenüber Russland erscheint die verständliche Tendenz zu nachhaltiger militärischer Aufrüstung nicht ausreichend und langfristig kontraproduktiv zur Bewältigung der vor uns stehenden weltweiten Herausforderungen.

Es gilt, eine uns immer noch unbewusste und doch weltweit wahrgenommene westliche kulturelle und militärische Dominanz zu überwinden zugunsten einer wirklichen weltweiten Friedensschaffung auf Augenhöhe.

Kurzfristig ist angesichts des Kriegs in der Ukraine militärische Auf- und Ausrüstung legitim, doch ähnlich wie beim NATO-Doppelbeschluss von 1982 und entsprechend der Forderungen des 1983 begonnenen konziliaren Prozesses und unserer daraus erwachsenen Friedensethik benötigen wir gleichzeitig klare Angebote zu nachfolgender friedlicher Abrüstung und zu weltweiter gewaltfreier Verständigung auf Augenhöhe.

U.a. das Berliner Memorandum von Mitarbeitenden der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) und der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

aus dem Jahr 2017 beschreibt, wie sicherheitspolitische Kooperation auch zwischen Demokratien und Autokratien, also zwischen unterschiedlichen Wertesystemen gelingen kann.⁷

Für mich bleibt daher unsere bestehende evangelische Friedensethik in vollem Umfang hilfreich und gültig:

1. Vorrang der Gewaltlosigkeit;
2. Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz für gerechten Frieden;
3. Frieden durch Ausbau der internationalen Rechtsordnung;
4. Frieden durch Abrüstung und Rüstungskontrolle;
5. Frieden durch begrenzten Einsatz rechtserhaltender Gewalt.

Anmerkungen:

¹ Ich verweise an dieser Stelle jedoch ausdrücklich auch auf die enormen Risiken, Dilemmata und Folgen dieser Waffenlieferungen. Angesichts der inzwischen weltweit erprobten und wissenschaftlich nachgewiesenen gleichen Wirksamkeit gewaltfreier Verteidigung bei wesentlich weniger Toten, Verletzten, wirtschaftlichen und seelischen Zerstörungen sollte nach den Verhältnismäßigkeitskriterien unserer Friedensethik das Konzept Sozialer Verteidigung im Zusammenspiel mit gegenseitig kontrollierter Abrüstung als grundsätzliche Alternative zu militärischer Verteidigung ernsthaft diskutiert werden. Soziale Verteidigung ist keinesfalls die Unterwerfung unter einen militärischen Aggressor. Siehe u.a. Benjamin Isak-Krauß, *Die Macht gewaltlosen Widerstands: Ziviler Widerstand, der auf Gewaltanwendung verzichtet, ist nicht weniger »realistisch« als der bewaffnete Kampf und Aufrüstung*, siehe <https://eulemagazin.de/die-macht-gewaltlosen-widerstands/>

² Sabine Jaber, *Mythos »Russland hat die europäische Friedensordnung aufgekündigt«*, siehe <https://vdw-ev.de/ueber-uns/studiengruppen/europasicherheit-frieden/#0a65a1dc50a170adf>, ähnlich auch: Wolfgang Richter, *Der Westen trägt eine Mitverantwortung für die Ukraine-Krise*, bpb, 05.09.2016, <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/233440/meinung-der-westen-traegt-eine-mitverantwortung-fuer-die-ukraine-krise/>

³ US-Strategiepapier »Joint Vision 2020« aus dem Jahr 2000, das das Ziel militärischer »Überlegenheit auf allen Gebieten« (»Full Spectrum Dominance«) definiert, siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Joint_Vision_2020

⁴ siehe Martina Fischer, *Die Hoffnung auf eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur nicht aufgeben*, bpb, 26.04.2022, <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/507623/die-hoffnung>

auf-eine-gesamteuropaeische-friedens-und-sicherheitsarchitektur-nicht-aufgeben/

⁵ Die 1918 nach der Unabhängigkeit Finnlands umkämpften Åland-Inseln zwischen Schweden und Finnland gehören formal weiter zu Finnland und sind strikt demilitarisiert. Sie verfügen zugleich über sichtbare Zeichen åländischer Eigenständigkeit durch Flagge, Hymne, Nationalfeiertag, Autokennzeichen, Briefmarke, Internetdomain und Schwedisch als Amtssprache, siehe 15 Beispiele gelungener Kriegs- und Bürgerkriegsprävention des Forums Crisis Intervention, <https://sicherheitneudenken.ekimusterhausen.de/html/media/dl.html?v=191548>

⁶ Laut des Berichts des Weltklimarats vom 5. April müssen wir bis 2030 jedoch nicht nur als EU, sondern weltweit den CO₂-Ausstoß um 43 % (!) zurückfahren, um einen unkontrollierbaren Klima-Kollaps abzuwenden. Wenn wir es nicht schaffen, uns mit Russland und China zügig und dauerhaft gewaltfrei zu verständigen, werden wir unseren Kindern einen unkontrollierbaren Planeten überlassen. Siehe <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/weltklimarat-ipcc-105.html>

⁷ Ines-Jacqueline Werkner et al., Berliner Memorandum »Sicherheit neu denken – Wege des Friedens in Europa«, 2017, <https://www.fest-heidelberg.de/berliner-memorandum-sicherheit-neu-denken-wege-des-friedens-in-europa/>.



Impuls

Friedrich Kramer, Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland und Friedensbeauftragter des Rates der EKD

In der Evangelischen Kirche fragen sich viele, welche hilfreiche Orientierung die evangelische Friedensethik für den aktuell stattfindenden Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine gibt.

Ich bin der Meinung, dass die Annahme, dass die evangelische Friedensethik in Scherben liegt und vollständig neu gedacht werden muss, nicht zutrifft, sondern dass die Kategorien sowohl der EKD-Friedens-Denkschrift von 2007 »Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen« wie auch der Beschlüsse von 2019 der Kundgebung der 12. EKD-Synode auf ihrer 6. Tagung: »Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens« in der jetzigen Situation für eine ethische Orientierung hilfreich sind. Deutlich ist, dass der Vorrang der Gewaltfreiheit und ziviler Konfliktbearbeitung, dem wir uns verschrieben haben, in der derzeitigen aufgeheizten und kriegerischen Situation unter Druck gerät – und das oft mit vereinfachten Argumentationsformeln gearbeitet wird und sich die mediale Debatte in der Breite allein auf die Frage der Waffenlieferungen zugespitzt hat.

Die Idee, jetzt das Leitbild des gerechten Friedens aufzugeben und zurückzukehren zu einer Debatte über den gerechten Krieg, halte ich für einen theologischen Rückschritt, der unseren friedensethischen Erfahrungen und daraus gewachsenen Positionen nicht angemessen ist.

Es gibt im Leitbild des gerechten Friedens ein Recht zur Verteidigung und zur rechtserhaltenden Gewalt, aber es gibt keinen gerechten Krieg. Die Kriterien des gerechten Krieges, deren Ziel immer eine Minimierung der Gewalt war, sind in der Denkschrift von 2007 aufgenommen und zu Kriterien der rechtserhaltenden Gewalt weiterentwickelt worden.

Die EKD-Synode hat sich 2019 klar zur Gewaltfreiheit als prima Ratio bekannt: »Das Leitbild des Gerechten Friedens setzt die Gewaltfreiheit an die erste Stelle. Das wollen wir im Gebet, im eigenen Friedenshandeln und im gesellschaftlichen Dialog immer weiter einüben. Wir rufen die politisch Verantwortlichen dazu auf, militärische Gewalt und kriegerische Mittel zu überwinden. Vom Gerechten Frieden her zu denken heißt, den Grundsatz zu befolgen: ›Wenn du den Frieden

willst, bereite den Frieden vor.« Deshalb setzen wir uns mit ganzer Kraft für die Vorbeugung und Eindämmung von Gewalt ein«. Von daher ist unsere Aufgabe, auch im gesellschaftlichen Dialog für Gewaltfreiheit und Eindämmung von Gewalt einzutreten. Gleichzeitig ist die Solidarität mit den Opfern der Auftrag der Kirche von Anfang an. Von daher haben viele Christinnen und Christen neben der großartigen zivilen Hilfe auch Waffenlieferungen zugestimmt.

An mehreren Punkten werden wir in der Friedensethik weiterarbeiten und weiter nachdenken müssen. Wie können wir die Gewaltfreiheit und zivile Konfliktbearbeitung argumentativ klarer zur Sprache bringen? Deutlich ist des Weiteren, dass die internationale Rechtsordnung als Idealbild nicht funktioniert – darin stimme ich Reiner Anselm vollumfänglich zu. Gleichzeitig kann die Konsequenz daraus nicht sein, dass wir jetzt allein auf nationale Verteidigung, oder nur auf das Modell von Bündnisverteidigung und nicht auf einen gemeinsam zu verabredenden und wieder zu erarbeitenden Sicherheitsraum setzen. Sicherheit in Europa wird es in der langfristigen Perspektive nur mit Russland geben können.

Friedensethisch müssen wir sagen, dass die Frage der Waffenlieferungen uns in jedem Fall in ein Dilemma führt. Keine Waffen zu liefern, macht genauso schuldig wie das Liefern von Waffen. Für die zweite Variante ist eine gewisse Rechtfertigung vorhanden. Aber die Frage, ob aus einer gerechtfertigten Verteidigung auch ein gerechter Krieg folgt, ist nach meiner Meinung zu verneinen, weil die Form und Führung des Krieges zu vielen zivilen Opfern führt und auf beiden Seiten beinahe zwangsläufig in einen ungerechten Krieg mündet.

Deswegen müssen wir den Vorrang der zivilen Konfliktbearbeitung immer wieder neu ins Bewusstsein heben und stärken. Vor dem Hintergrund des aktuellen Krieges, erhebt sich die Frage, wie das Verhältnis von militärischer und ziviler Verteidigung zu denken ist, auch in Deutschland und von daher müssen wir kritisch über das 100-Milliarden-Projekt diskutieren, dass auf rein militärische Sicherheit setzt.

Die Annahme unserer Militärexperten war zu Beginn des Krieges, dass angesichts der hochgerüsteten russischen Armee die ukrainische Armee nur wenige Wochen durchhalten können wird. Nun sehen wir aber, dass die Widerstandsfähigkeit der Zivilgesellschaft sehr viele Aspekte hat und der Blick allein auf militärische Aspekte viel zu kurz greift. Also sollten auch wir in unserer deutschen Perspektive unsere Sicherheitsfragen nicht auf militärische Fragen verkürzen, sondern sie - auch wegen der großen Sicherheitsfragen, die sich aus pandemischen, ökologischen und anderen Fragen ergeben - viel stärker vor dem Hintergrund eines von einer breiten Demokratie getragenen Sicherheitsverständnis diskutieren.

Auch das Konzept der menschlichen Sicherheit muss vertieft diskutiert werden. Was bedeutet das, was wir erleben, für den Einzelnen? Hier sind sehr schnell Narrative entstanden, die, wie ich glaube, in der zweiten Phase des Krieges nicht mehr weitertragen werden. Die Waffenlieferungen waren für die Phase der Nothilfe nachvollziehbar, sind aber in der zweiten Phase des Krieges kaum noch zu begründen, wenn wir uns an die Beschlüsse der Synode von 2019 halten.

Die Frage der rechtserhaltenden Gewalt müssen wir öffnen zur Frage der rechtserzwingenden Gewalt und überlegen, was sie für die Sanktionen bedeutet. Hier haben wir bisher keine verbindliche Kriegeriologie, hinsichtlich der Sanktionen und der Bestimmung, welche sinnvoll sind und wem sie wirklich schaden.

Führen Sanktionen wirklich dazu, dass die Bereitschaft zu Verhandlungen entsteht? Wir haben in Europa konsequent radikale Sanktionen auf den Weg gebracht, die global gesehen aber nur einen kleinen Teil der Welt betreffen und von denen noch gar nicht klar ist, ob sie überhaupt effektiv wirken können. Wir sehen z. B., dass sich Indien

und China überhaupt nicht an den Sanktionen beteiligen. Was ist vor diesem Hintergrund dann überhaupt möglich und sinnvoll?

Die Bundesregierung reflektiert das sehr differenziert. Wir dürfen nichts tun, das uns selbst mehr schadet als denen, die wir treffen wollen. Auch hier sind wir nicht fertig und müssen weiterdiskutieren.

Interessant ist, dass sowohl die EKD-Denkschrift von 2007 als auch die Kundgebung von 2019 nur schmal theologisch begründet sind. Eine theologische Grundsatzdebatte fehlt bisher und wir sollten sie führen.

Ich erlebe gerade, dass die unaufgebbaren christlichen Positionen von Gewaltfreiheit und Feindesliebe vorschnell mit Blick auf die Realität des Krieges ad acta gelegt werden. Das dürfen wir uns nicht so einfach machen. Auch wenn wir selbstverständlich Aussagen der Bibel nicht eins zu eins zu ethischen Handlungsanweisungen ummünzen dürfen, müssen wir darüber reden, wie wir im Geist Jesu bleiben. Der Zwischenruf zur Friedensverantwortung der Kirche des Reformierten Bundes von 2017 mit seiner Betonung, dass die Friedensfrage und die Gewaltfreiheit zentrale christliche Themen sind, könnte uns da weiterhelfen.

Das Versöhnungsgeschehen Jesu Christi, die Frage von Tod und Auferstehung hängen unmittelbar mit dem Frieden zusammen – sowohl mit dem individuellen, aber auch mit den Frieden mit Gott und dem gesellschaftlichen Frieden. Das müssen wir miteinander bedenken. Dafür werden wir eine theologische Grundsatzdebatte benötigen. D

Keine konsequente Neuorientierung, aber neue Akzentsetzungen

Prof. Dr. Reiner Anselm, Evangelisch-Theologische Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München

Der Angriffskrieg in der Ukraine hat nicht nur deutlich gemacht, dass und wie fragil die internationale Ordnung ist. Jetzt, wo wir sehr viel unmittelbarer als zuvor mit kriegerischer Gewalt konfrontiert sind, wird uns auch bewusst, wie dünn der Firnis der Zivilisation ist, wie schnell Menschen in der Lage sind, anderen Gräueln anzutreten und sich zu Gewaltexzessen hinreißen zu lassen. Und uns wird bewusst, dass wir in dem berechtigten und gerade für Christinnen und Christen unverzichtbaren Bemühen, die Zivilisation zu stärken, positive Entwicklungen anzustoßen und so das Fundament für ein gedeihliches, gemeinsames Leben zu gründen, zu optimistisch die dunkle Seite menschlicher Existenz ausgeblendet oder zumindest vernachlässigt haben.

Nun ist es allerdings nicht so, dass die evangelische Friedensethik angesichts dieser Diagnose mit leeren Händen dastehen würde, im Gegenteil. Gerade die reformatorische Theologie hat, im Einklang mit dem biblischen Zeugnis, stets den Blick für das destruktive Potenzial, das im Menschen eben auch ruhen kann, wachgehalten. Von der Lehre vom politischen Gebrauch des Gesetzes – den Sündern zu wehren und die Schwachen zu schützen – über die Feststellung aus CA 16, zu den Aufgaben der Obrigkeit gehöre auch das rechtmäßige, das bedeutet: an das Recht gebundene Kriegsführen, um Aggression und Gewalt zum Schutz der Menschen entgegenzutreten, bis zur Formulierung aus der Barmer Theologischen Erklärung, der Staat habe nach göttlicher Anordnung die Aufgabe, unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen, spannt sich hier ein weiter Bogen. Auch wenn diese Positionen aufgrund ihrer jeweiligen Kontextgebundenheit keine unmittelbare normative Gültigkeit entfalten können, stellen sie doch einen erheblichen ideengeschichtlichen Wert für heute friedensethische Überlegungen dar. Evangelische Theologie vertritt eine skeptische Anthropologie. Sie ist weit davon entfernt, die positiven Leistungen, zu denen Menschen fähig sind, ihre Hilfsbereitschaft und ihre Empathie, ihr Engagement für andere und ihre Kreativität zu leugnen. Sie weiß aber auch darum, wie schnell Menschen bereit sind, ihre Überzeugungen absolut zu setzen und sich im Recht sehen, diese Perspektive, die sie als die Wahrheit ansehen, auch gegen Widerstände und notfalls mit Gewalt durchzusetzen.

Dies vor Augen, operierte die evangelische Theologie über die längste Zeit mit der gut im Zeugnis der Schrift verankerten Vorstellung von Gott als dem Gesetzgeber und Richter, der den Einzelnen Grenzen setzt und ihnen den rechten Ort zuweist. Der dunklen Seite des Menschen soll so das Licht der göttlichen Ordnung gegenübergestellt werden. Die Schwierigkeit, ja sogar die Gefährlichkeit dieses Modells besteht darin, dass die ordnende Funktion, die – theologisch gut begründet – Gott zugeschrieben wurde, ja immer nur durch eine »weltliche Obrigkeit«, also durch Menschen wahrgenommen werden konnte. Anders als es die reformatorische Theologie lange lehrte, unterliegen daher alle Strukturen staatlicher Ordnung auch der Ambivalenz, die menschlicher Existenz eigen ist. Indem aber das stellvertretende Handeln für andere – das Handeln als Repräsentierender einer von Gott gegebenen Ordnung – als durch Gott selbst autorisiert dargestellt werden konnte, eröffnete diese Denkweise viel zu viele Missbrauchsmöglichkeiten. Die Spur der Destruktion, die dieses Denken hinterließ und hinterlässt, reicht vom Missbrauch der Lehre und der Kategorien der Lehre vom gerechten Krieg – übrigens auch als Legitimation für ein militärisches Zurückdrängen des Bolschewismus in den Stellvertreterkriegen nach 1945 – bis hin in die (geschichts-)theologische Legitimation von Putins Angriffskrieg.

Diese Defizite zu benennen, kann aber nicht bedeuten, die Hintergründe und Zielsetzungen, die mit dem Gedanken der für die göttliche Ordnung und deren Recht eintretenden staatlichen Gewalt für obsolet zu erklären. Beides ist gleichermaßen naiv: Die Notwendigkeit eines Widerlagers gegen die destruktive Seite menschlicher Existenz zu leugnen und ein Wegschauen angesichts des Missbrauchs, der mit diesem Ordnungsgedanken verbunden wurde. Umso wichtiger ist es heute, die Weiterentwicklungen in der politischen Ethik, die nach 1945 zunächst für die innerstaatlichen Machtordnungsverhältnisse (Trutz Rendtorff) formuliert wurden, in den Blick zu nehmen und auf deren Grundlage auch eine Ethik internationaler Beziehungen weiterzuentwickeln. Den Anknüpfungspunkt dafür kann die Demokratie-Denkschrift von 1985 bilden. Denn deren weiterführende Pointe bestand darin, nicht einfach mit dem etablierten Gegenüber zwischen der Sündhaftigkeit des Menschen und dem diese als Stell-

vertreterin Gottes in Schranken weisende staatliche Ordnung zu operieren, sondern eine solche Begrenzung auch für die Ordnung selbst zu denken. Daher kombiniert sie die Einsicht in Sündhaftigkeit des Menschen, in sein destruktives mit der Fähigkeit der Demokratie zur Selbstzurücknahme und Selbstkorrektur: Weil die staatliche Ordnung immer durch Menschen gebildet ist, die immer wieder auch problematischen und destruktiven Zügen verfallen, muss die Verfassung so gestaltet sein, dass sie die Beschränkung der Macht ermöglicht.

Die Friedensdenkschrift von 2007 nimmt diese Gedanken der Selbstzurücknahme und Selbstkorrektur auf, wenn sie die Bedeutung des Rechts für den Frieden betont. Denn das Recht umschreibt die Grenzen der Machtausübung und sichert einen Raum der Freiheit, in dem Einzelne sich entfalten können. Die Problematik der dort entfalteten Argumentation besteht nun nicht darin, dass sie einer radikalpazifistischen Position das Wort reden würde. Der Einsatz rechtserhaltender Gewalt nach den Regeln des Völkerrechts wird von der Denkschrift explizit angesprochen und für notwendig erachtet. Die Schwierigkeit der Figur der Denkschrift von 2007 besteht darin, dass in ihr – möglicherweise entlehnt aus Kants Schrift »Zum ewigen Frieden« und dem zugrundeliegenden idealistischen Weltbild – immer noch die Vorstellung einer übergeordneten, allgemeinen und eben metaphysisch begründeten sowie begründbaren Rechtsvorstellung nachklingt. Die Tatsache, dass dieses Recht historisch geworden ist und sich selbst dem Vertreten, Durchsetzen und Ausgleichen von Interessen verdankt, wird nicht ausreichend berücksichtigt. Vielmehr wird die zunächst einmal historisch kontingente und vor allem im Horizont einer spezifischen Erfahrung, nämlich den kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa, entworfenen internationalen Ordnung nach der Charta der Vereinten Nationen für universal gültig erklärt. Diese Sichtweise aber bleibt gerade hinter den Überlegungen der Demokratiedenkschrift zurück, indem sie die Fehlbarkeit und vor allem auch die Perspektivenabhängigkeit einer solchen Ordnung nicht ausreichend berücksichtigt. Nur wenn man sich diese Spannung verdeutlicht, kann man die Krise, die in der evangelischen Friedensethik gerade wahrgenommen wird, richtig einordnen.

Die Krise entsteht nämlich nicht nur dadurch, dass sich ein Aggressor über das Recht, das die Friedensdenkschrift zur Regelung von Konflikten vorsieht, einfach mit Gewalt hinwegsetzt. Sie entsteht auch nicht nur darin, dass sich diese

Rechtsordnung angesichts eines Aggressors, der sich selbst nicht an das Recht – und zwar gerade auch an das Kriegsvölkerrecht – bindet, als nicht belastbar und vor allem als nicht durchsetzbar erweist, zumal die Gefahr einer nuklearen Auseinandersetzung mitberücksichtigt werden muss. Die Krise entsteht in meinen Augen vor allem dadurch, dass die Allgemeingültigkeit der Rechtsordnung, die auf der Annahme der Einheitlichkeit der Vernunft ausgeht – sich so als Illusion erweist. Mehr noch: Viele Staaten, gerade des globalen Südens und auch im islamisch-arabischen sehen hinter der vermeintlichen Einheitlichkeit der Vernunft und der daraus resultierenden Ordnung nur den Versuch, westlich-koloniale Interessen durchzusetzen. Dass eine solche Deutung durchaus aus einem zumindest unglücklichen Verhalten gerade auch der USA in der Vergangenheit genährt wird, sollte mit berücksichtigt werden.

Es gehört zu den neuen Aufgaben der Friedensethik, zu durchdenken, was diese Einsicht für die Zukunft der internationalen Ordnung bedeutet. Jedenfalls scheint einiges dafür zu sprechen, nicht von einer einzigen Ordnungsvorstellung auszugehen, sondern selbst mit der Pluralität der Perspektiven zu rechnen. Das könnte etwa bedeuten, von einem konkurrierenden Nebeneinander verschiedener Interpretationen und Einflussphären auszugehen. Allerdings setzt dieses Nebeneinander zugleich ein Gleichgewicht der Kräfte voraus, bei dem sich die unterschiedlichen Sphären politischer Machtblöcke gegenseitig begrenzen. Der so erreichbaren Ordnung eignet immer eine gewisse Fragilität. Ihre Stärke ist es jedoch, unterschiedliche Perspektiven koexistieren lassen zu können, ohne eine Sichtweise auf die internationale Zusammenarbeit und auch die Interpretation der Menschenrechte für absolut zu erklären. Anders als es derzeit den Anschein hat, bedeutet ein solches Nebeneinander aber keineswegs den Abbau oder gar den Abbruch aller Beziehungen über die Grenzen der jeweiligen Sphären hinweg. Gerade auf der Ebene zivilgesellschaftlicher Akteure, aber auch im Blick auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit ist es zur Stabilisierung der genannten Äquidistanz der Machtblöcke und ihrer jeweiligen Interessen wünschenswert, dass es ergänzend zur Koexistenz der Einflussphären auch solche Verbindungen gibt, die die Sphären Grenzen überschreiten. Dass für die Sicherung des friedlichen Miteinanders in diesen Beziehungen kirchlichen Verbindungen eine große Rolle zukommt, ist unbestritten, soll aber nochmal eigens betont werden.

Diese Zielsetzung mag sich gegenüber den umfassenden Ordnungsvorstellungen, wie sie etwa in dem Konzept vom gerechten Frieden oder auch der Forderung nach einer Responsibility to protect vorgetragen wurden, bescheiden ausnehmen. Sie rechnet jedoch mit einer bleibenden Konkurrenz der Perspektiven und auch bleibenden Konflikten und versucht diese Einzuhegen, nicht aber zu überwinden. Im Zentrum einer solchen neuen Ethik internationaler Beziehungen stünde der Gedanke der Abwägung der Mittel, das also, was in der Barmer Theologischen Erklärung die »Maßgabe menschlicher Einsicht« unter den Bedingungen eines realistischen Blicks auf die Wirklichkeit vor Augen hat. Zu diesen Mitteln wird auch gehören, dem militärischen Gleichgewicht neue Aufmerksamkeit zu schenken. Die Zurücknahme der Interventionskapazitäten und die Fokussierung auf die Verteidigung innerhalb von Bündnissystemen folgt ebenfalls dieser Vorgehensweise. Herausfordernd ist eine solche Ethik internationaler Beziehungen, weil sie nicht nur die Beziehungen zwischen den Machblöcken, sondern auch innerhalb der jeweiligen Sphären und Bündnissysteme zum Thema machen muss. Dabei wird es auch immer darum gehen, die nationalstaatlichen Interessen mit denen der Bündnispartner abzugleichen.

In diesen Abwägungsprozessen immer auch wieder zusätzliche, vielleicht auch irritierende Per-

spektiven einzunehmen, die Distanz zum Selbstverständlichen zu suchen, kann die besondere Aufgabe und auch die besondere Leistung der christlichen Friedensethik sein. In der gegenwärtigen Auseinandersetzung könnte es ihr etwa obliegen, nach den Grenzen des Rechts auf Selbstverteidigung zu fragen. Wann und unter welchen Bedingungen verliert auch die Selbstverteidigung ihre ethische Legitimität, wann ist die Grenze einer solidarischen Unterstützung zur Selbstverteidigung erreicht? Lässt sich das Recht auf Selbstverteidigung also wirklich nur vom Einzelnen, auch vom einzelnen Staat her denken? Oder sind auch die Bedürfnisse Dritter mit einzubeziehen. Und wo liegen Grenzen der Nothilfe?

Sehr wahrscheinlich wird es immer nur vorläufige Antworten auf die gestellten Fragen geben. Doch das Wissen um die Vorläufigkeit der eigenen Sichtweise bewahrt vor einer Selbstüberschätzung und einer Verabsolutierung der eigenen Perspektive, die schnell zur Quelle von Aggression und Gewalt werden kann. Wenn das Christentum von der Erlösungsbedürftigkeit des Menschen spricht, dann bringt es realistisch diesen problematischen, destruktiven Zug menschlicher Existenz zur Geltung. Zugleich aber hält es auch eine Perspektive präsent, die die Kraft für die Überwindung oder doch zumindest zur Bewältigung dieser Beschränkungen vermitteln möchte. D

Nach zwei Monaten – Aufgaben evangelischer Friedensethik angesichts des Krieges in der Ukraine

Dr. Roger Mielke, Militärdekan und Lehrbeauftragter an der Universität Koblenz und der Universität der Bundeswehr München

Am 24. Februar 2022 begann der Überfall der russischen Armee auf die Ukraine. In den zwei Monaten seitdem wurden unzählige lange und kurze Texte geschrieben, manche ergiebige und auch nicht wenige überflüssige Diskussionen geführt. Jetzt wäre Zeit für eine Zwischenbilanz, eine Sichtung der Argumente, die eine strukturierte Weiterarbeit ermöglichen würde. Die Weiterarbeit beginnt bei den Beschreibungen: Friedensethische Reflexion braucht eine gemeinsame oder zumindest ähnliche Perzeption. Sonst redet man, nicht selten mit größter Emphase, aneinander vorbei. Erst von hier aus können die Bezugsprobleme entwickelt und argumentativ bearbeitet werden.

In diesem knappen Statement kann ich nur sehr kurz schildern, wie ich die Lage beschreibe und wo ich gegenwärtig einige Knotenpunkte der Diskussion sehe. Ich konzentriere mich auf das, was mich am meisten beschäftigt.

1. Das Ende vom » Ende der Geschichte«

Thomas Bagger, der langjährige außenpolitische Berater des (jetzigen) Bundespräsidenten, bemerkte in einem Essay aus dem Jahr 2019 treffend, dass Francis Fukuyama's berühmte – und fast immer missverstandene – These vom »Ende der Geschichte« in keinem Land der Welt enthusiastischer begrüßt und rezipiert wurde als in Deutschland.¹ Endlich befreit von der Last des Gewesenen und »umzingelt von Freunden« (wie es Johannes Rau 2005 mit leiser Ironie fasste) konnte sich das Land nach 1990 aus der Geschichte verabschieden. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik konnte im Windschatten gut gedeihen – und auch evangelische Friedensethik konnte von diesem Gedeihen zehren. Das geht jetzt nicht mehr. Das Ende der Geschichte ist zu Ende. Geschichte geht weiter und in mancher Hinsicht geht sie so weiter wie vor der – für Europa – großen Zäsur von 1989: mit Geopolitik und Großmachtambitionen und Full-Scale-War, wie Europa ihn allerdings seit 1945 – trotz der Balkankriege – nicht mehr kannte. Diese Rückkehr der Geschichte ist bedrückend, aber real. Weil sie real ist, müssen wir uns ihr stellen. »Wir« als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, als

Christen, auch als Ethiker. Und das ist wiederum auch gut. Ein Satz von Robert Spaemann kommt mir in den Sinn, den ich hier sinngemäß zitiere: »Das Erwachen zur Wirklichkeit ist immer gut.«²

Wie bewährt sich das »Leitbild des gerechten Friedens« in dieser gewaltförmigen Wirklichkeit? Ermöglichen die vier Säulen des Leitbildes Orientierung im Handeln? Wir sprechen von: erstens der vorrangigen Option der Gewaltlosigkeit, zweitens dem prozessualen und mehrdimensionalen Friedensbegriff (Abbau von Not, Minderung von Gewalt, Förderung von Freiheit, Förderung kultureller Vielfalt), drittens von Frieden durch Recht, und viertens von einer Ethik rechtserhaltender Gewalt mit dem Einsatz auch militärischer Gewalt als ultima ratio.

Nachdem es im Rauch der ersten Kriegstage zunächst so schien, dass vieles zur Disposition gestellt werden müsste, zeigt sich nun: das Leitbild bleibt brauchbar und hilfreich – wenn man nicht einem Positivismus der faktischen internationalen Rechtsordnung anheimfällt. Die Völkerrechtsordnung ist zwar kontrafaktisch, gleichwohl aber verbindlich – auch da, wo sie herausgefordert und in Frage gestellt wird. Nicht nur Russland oder China stellen die Frage nach der Machtformierung der UN-Ordnung durch westliche Interessen. Diese Anfragen kommen auch in postkolonialer Perspektive aus dem globalen Süden.

Für eine Ethik rechtserhaltender Gewalt ist Selbstverteidigung nach Art. 51 der UN-Charta, ebenso wie Nothilfe, nicht nur erlaubt, sondern geboten.

Jenseits aber dieses Grundsatzurteils beginnt die materiaethische Ebene der Abwägungsprozesse, in deren Zentrum Verhältnismäßigkeitserwägungen stehen. Wie weit darf und soll Selbstverteidigung gehen? Wie weit dürfen etwa Waffenlieferungen gehen? Wenn das Gut, das zu verteidigen ist, in keinem angemessenen Verhältnis zum Schaden steht, der an Leben und Gut angerichtet wird, erlischt auch die Legitimität der Selbstverteidigung. Aber wo ist die Grenze erreicht? Dies ist von außen schwer zu bestimmen. Die Selbstbestimmung der politischen Gemeinschaft, die ein

Leben in Freiheit und Würde erlaubt, hat ein hohes Gewicht.

Konsens dürfte etwa bestehen, dass der Einsatz von Massenvernichtungswaffen, Atomwaffen etwa, die Legitimität der Verteidigung und auch der Nothilfe zur Verteidigung aufhebt – was nicht heißt, jeder Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen umstandslos nachzugeben.

In Erwägungen dieser Art bewähren sich die Kriterien der »Just-War«-Tradition«, wie sie im Leitbild des gerechten Friedens mitgeführt werde. Und es ist daran zu erinnern, dass es im Konzept des »Gerechten Krieges« nicht um Gewaltlegitimation, sondern um Gewaltbegrenzung geht. Im englischen Sprachraum redet man von »Just-War-Reasoning« und meint damit nicht eine fixierte Lehre, sondern den explorativen Vorgang der Urteilsbildung. So etwas brauchen wir.

2. Pazifismus und »Realpolitik« als Argumentationsmuster evangelischer Friedensethik

Evangelische Friedensethik kann sich selbst verstehen (und auch von außen beschrieben werden) als Teil der Selbstverständigungsprozesse einer politischen Gemeinschaft. Kirchen und Theologie(n) stehen der politischen Gemeinschaft nicht einfach gegenüber, sondern überlappen sich teilweise mit ihr. Wir befinden uns im »kommunikativen Prägeraum des Politischen«³, der für die politische Identität einer freiheitlichen Gesellschaft zentral ist. Dazu gehören auch die Kirchen.

Der Streit zwischen zwei basalen Argumentationsmustern evangelischer Friedensethik, Pazifismus und »Realpolitik«⁴, wird nicht nur innerkirchlich oder gar nur innertheologisch ausgetragen. Mit diesen Argumentationsmustern, oder besser Orientierungsmustern, verknüpfen sich politische Identitäten, die um Prägekraft ringen. Es geht dabei etwa um Bilder von Staatlichkeit und Repräsentation, um die Bedeutung individueller Freiheit und ihrer gemeinschaftlichen Ermöglichung.

In theologischer Semantik ausgedrückt: Ein Ethos der kategorischen Gewaltfreiheit und eine diesem Ethos entsprechende messianische Ethik der Gewaltlosigkeit stehen einem Ethos der bedingten Gewaltbegrenzung und einer »katechontischen«⁵ Erhaltungsethik politischer Institutionalität gegenüber. Gibt es zwischen diesen beiden Argumentationsmustern zumindest in friedensethischer Hinsicht eine »Komplementarität«, wie man

dies von den »Heidelberger Thesen« (These VI) her erläutert? Stehen »Friedensdienst mit und ohne Waffen« in einem komplementären Verhältnis, als verschiedene Perspektiven auf die eine Wirklichkeit des Friedenszeugnisses und der Friedenspolitik? Oder stehen sie in einem komparativen Verhältnis, so dass das gewaltfreie Friedenszeugnis das »deutlichere Zeichen« ist? Oder stehen sie gar in einem einander ausschließenden Verhältnis?

Mir gefällt eher die Beschreibung als »Dialektik« in dem Sinne, wie ihn der Heidelberger Philosoph Rüdiger Bubner entwickelt hat:⁶ »Dialektik als Topik« heißt, dass die Begriffe erst im Konflikt miteinander reichhaltiger und wirklichkeitsgesättigter werden, indem sie den Gehalt des Gegenteils absorbieren, in sich aufnehmen. Wichtig dabei sind nach Bubner die »Topoi«, die rhetorischen Figuren der Sprache (und: so füge ich hinzu die Sprecherpositionen) als »Orter der Urteilsbildung«. Können wir im Streit der Argumentationsmuster gerade auch die geistlichen Praktiken als »Topoi« in diesem Sinne verstehen? Dann wäre es etwa höchst relevant, wie wir beten und wie das Gebet zu uns kommt.

3. Den Frieden denken: Welche Ordnung des Friedens stellen wir uns vor?

Die Friedensdenkschrift 2007 ist ganz geprägt durch das Konzept des liberalen Friedens und damit von Diskursen der 1970er Jahre, die im Zuge der Entspannungspolitik entwickelt wurden.⁷ Dazu gehören etwa die Vorstellungen von Frieden durch Institutionalisierung (Recht), durch die Stärkung von Interdependenzen. Mittlerweile verstehen wir deutlicher die Ambivalenzen, die mit diesen Verflechtungen verbunden sind. Wenn sie nicht mehr wechselseitig sind, schaffen sie Abhängigkeiten: Energie, Rohstoffe, medizinische Wirkstoffe, Mikroelektronik... Darauf wird – vor allem aufgrund der Schockerfahrung der Pandemie – durch Prozesse des De-Coupling und der Deglobalisierung reagiert.⁸ Führt dies nun nach den lange gehegten Leitbildern kooperativer Sicherheitsordnung, die dann vor allem mittels militärischer Stärke, Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit funktioniert? Nicole Deitelhoff wies unlängst darauf hin, dass eine reine Konfrontations- und Abschreckungsordnung nicht leistungsfähig ist.⁹ Von den beträchtlichen Erfolgen des Friedens durch Verflechtung seit den 1970er Jahren und auch nach dem Ende der Blockkonfrontation ist weiter zu lernen. Wir brauchen Abschreckung und Interdependenzen. Zu bedenken ist aller-

dings, in welchem Verhältnis die beiden Ordnungsfaktoren stehen sollen.

Evangelische Friedensethik muss sich auch den mit diesen Fragen verbundenen strategischen Debatten stellen.¹⁰ Wie sieht eine künftige Nachkriegsordnung zwischen Russland und der Ukraine aus? Und welcher Ordnungsvorstellung soll die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik gemeinsam mit den europäischen Partnern folgen, wenn die USA nach dem absehbaren Ende des Krieges in der Ukraine wieder ihren eigenen strategischen Prioritäten in Asien folgen werden? Ganz abgesehen davon, dass die außenpolitische Orientierung in den USA selber zwischen den hochpolarisierten politischen Lagern umstritten bleibt. Die im November 2022 anstehenden Mid-Term-Wahlen können die Biden-Administration erheblich unter Druck setzen. An einer verstärkten Verantwortungsübernahme der Europäer wird kein Weg vorbeiführen. Das wird nicht ohne robustes, einsatzfähiges Militär gehen. Bei aller Priorisierung der Gewaltfreiheit wird sich evangelische Friedensethik diesem politischen Kontext nicht entziehen können.

Dabei gilt es einerseits die globalen Zusammenhänge und die kritischen Anfragen des globalen Südens mitzubedenken. Klimagerechtigkeit etwa und Fragen der globalen Verteilungsgerechtigkeit sind auch friedensethisch relevant. Andererseits aber gilt es, der kosmopolitischen Versuchung zu widerstehen, in welcher die Probleme einer regionalen europäischen Sicherheitsordnung in der Komplexität globaler Problemlagen zu verschwinden drohen. Gerade die globalen politischen Herausforderungen brauchen handlungsfähige politische Gemeinschaften: Die »agency« liegt, das haben die Reaktionen auf den Krieg in der Ukraine gezeigt, bei den Nationalstaaten und ihren regionalen Zusammenschlüssen. Ohne diese agency lassen sie weder Menschenrechte sichern noch globale Aufgaben lösen.

Neu in den Blick gerückt ist auch die Bedeutung der Selbstbestimmung der politischen Gemeinschaft. Sie hat höchstes Gewicht, gerade um Recht und Freiheit der Einzelnen zu sichern. Die politischen Gemeinschaften bedürfen der Narrative, die sich allerdings zu Mythen verdichten können,¹¹ die religioid verabsolutieren und sich damit gegen sich selbst kehren. Dies kann man an der

Verfassung der russischen Gesellschaft studieren. Wir sehen, wie es ist, wenn Gesellschaften durch Ressentiments ausgehöhlt werden – und kennen es aus der eigenen deutschen Geschichte. Evangelische Friedensethik wird an den Narrativen des Friedens zu arbeiten, den Verfeindungen zu widerstehen und doch das relative Recht der politischen Gemeinschaft anzuerkennen haben.

Anmerkungen:

¹ Thomas Bagger, *The World according to Germany: Reassessing 1989*, *Washington Quartely* 2019, <https://www.atlantik-bruecke.org/the-world-according-to-germany-reassessing-1989>.

² Aus: Robert Spaemann, *Glück und Wohlwollen: Versuch über Ethik*, Stuttgart: Klett-Cotta 1993.

³ Udo di Fabio, *Herrschaft und Gesellschaft*, Tübingen: Mohr-Siebeck 2019.

⁴ Raymond Geuss, *Philosophy and Real Politics*, Princeton: Princeton University Press 2008.

⁵ Das »Katechontische« ist nach 2. Thess 2,6 dasjenige, was das Böse aufhält. Bis in die Gegenwart hinein, etwa bei Carl Schmitt, wird diese Ordnungsfigur geschichtstheologisch aufgeladen: als Struktur oder Person.

⁶ Rüdiger Bubner, *Dialektik als Topik. Bausteine zu einer lebensweltlichen Theorie der Rationalität*, Frankfurt/M.: Edition Suhrkamp 1990.

⁷ Andreas Hasenclever, *Liberale Ansätze zum »demokratischen Frieden«*, in: Siegfried Schieder, Manuela Spindler (Hg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen, Farmington Hills, 3. Auflage 2010, S. 223-253.

⁸ Dazu: Mark Leonhard, *The Age of Unpeace. How Connectivity causes Conflict*, Bantam Books 2022; auf die *longue durée* der Energiepolitik bezogen: Helen Thompson, *Disorder. Hard Times in the 21st Century*, Oxford: Oxford University Press 2022.

⁹ Nicole Deitelhoff, *Für den Frieden rüsten?* <https://verfassungsblog.de/fuer-den-frieden-ruesten/> (Aufruf am 23.05.2022).

¹⁰ Vgl. etwa: Bastian Giegerich, Maximilian Terhalle, *The Responsibility to Defend: Rethinking Germany's Strategic Culture*, London: Routledge 2021.

¹¹ Zur Rolle der mit unterschiedlichen Narrativen verbundenen Fehlperzeptionen der jeweils anderen Seite vgl.: Dumitru Minzarari, *Failing to Deter Russia's War against Ukraine: The Role of Misperceptions*, SWP Comment No. 33, April 2022, <https://www.swp-berlin.org/publikation/failing-to-deter-russias-war-against-ukraine-the-role-of-misperceptions> (Aufruf am 23.05.2022).

Reflexion dieses Disputs aus der Sicht von drei Mitautor_innen der Friedensdenkschrift von 2007

Das sozioethische Leitbild des gerechten Friedens zu Zeiten des Krieges gegen die Ukraine. Zur EKD-Denkschrift von 2007

Prof. Dr. Eva Senghaas-Knobloch i.R., artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit, Universität Bremen

Die Grundausrichtung der Denkschrift von 2007, Frieden vom Frieden und nicht vom Krieg her zu denken und entsprechend zu handeln, halte ich für wegweisend. Dazu bedarf es angesichts der sich ständig weiter verändernden Welt, deren starke Vernetzung sehr ambivalente Folgen hat, aller Bemühungen um konstruktive zivile Konfliktbearbeitung. Der biblisch begründete gerechte Friede und seine Übersetzung in ein sozioethisches Leitbild sind prozesshaft auf den Schutz vor Gewalt und Not, Förderung der Freiheit und Anerkennung der kulturellen Vielfalt gerichtet. Das gilt sowohl für internationale Konflikte als auch für Konflikte innerhalb der politischen Gemeinschaften.

Eine neue »strategische Souveränität«, als eine »konfrontative« Sicherheitsstrategie, die gegenwärtig diskutiert wird (von Ondarza/ Overhaus SWP-aktuell 29/2022), könnte auf unabsehbare Zeit eine allgemeine Abkehr von kooperativen Ansätzen zugunsten der Stärkung einer Politik militärischer Abschreckung bedeuten. Eine solche Sicherheitsstrategie impliziert eine sehr starke Aufrüstungsspirale und Umrüstung. Sicherheit wird dabei in erster Linie militärisch begriffen. Das gilt jedenfalls für die dafür aufzuwendenden finanziellen Ressourcen; darüber wird die mehrdimensionale Konzeption »menschlicher Sicherheit« der Vereinten Nationen als Schutz vor Gewalt und Not, die in der Denkschrift aufgegriffen wurde, äußerst gefährdet.

Internationaler Frieden in der gegenwärtigen Welt muss als unablässiger Prozess von der Zielperspektive einer weltweit, aber auch regional kooperativen Ordnung her entwickelt werden, in der normativ ein Mindestmaß an gemeinsamen Regeln zur Geltung kommt, wie in der UN-Charta festgelegt. International sind daher die Vereinten Nationen trotz großer Reformbedürftigkeit, insbesondere ihres Sicherheitsrats, derzeit die nach wie vor wichtigste Institution. Sie gilt es zu stärken. Dazu braucht es allerdings zivilgesellschaftlicher

Instanzen, die sich an der gleichen Menschenwürde für alle und am Konzept der menschlichen Sicherheit, incl. menschlicher Entwicklung orientieren. Nur sie können gewährleisten, dass öffentlich auch auf Verletzungen der Regeln in der Folge einer Ungleichbehandlung innerhalb der Staatenwelt und innerhalb der verschiedenen Gesellschaftswelten hingewiesen sowie auf Abhilfe gedrungen wird.

Die Bedeutung von Rüstungskontrollabkommen und Abrüstung zeigt sich ex negativo, denn die Kündigung bedeutender Verträge mindert auch die Chance gemeinsamer Foren gerade in Zeiten einer deklarierten scharfen Rivalität zwischen den USA einerseits und Russland, aber auch anderen stark aufstrebenden Mächten wie China mit autoritären bis totalitären politischen Ordnungsvorstellungen, andererseits. Ohne gemeinsame Foren fehlen gerade in Zeiten des Vertrauensverlusts und der Eskalation von Spannungen und Kriegen verankerte Räume für notwendigen Austausch; ohne sie kann es auch keine Stärkung der konflikttranszendierenden gemeinsamen Interessen geben, um existenzielle Menschheitsprobleme zu bearbeiten, wie z.B. den Klimawandel. Die Relevanz gemeinsamer Interessen zeigte sich am Ende des Ost-West-Konflikts.

Welche Sachverhalte sollten in der ev. Friedensethik mehr Beachtung finden?

Die neue Situation rivalisierender Machtbeziehungen in der internationalen Politik spiegelt sich in dem Abstimmungsergebnis der Vereinten Nationen wider. Deren Vollversammlung hatte mit großer Mehrheit von 141 Stimmen den russischen Krieg in der Ukraine verwerflich genannt, dies aber neben Gegenstimmen Russlands sowie vier weiterer Länder und auch 35 Enthaltungen, darunter von China und Indien sowie Ländern aus Afrika und Lateinamerika. Wie schon in anderen Gewaltkonflikten seit Ende des Ost-West-Konflikts (und zuvor) zeigt sich auch im russlän-

dischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, dass innerstaatliche Konflikte und Problemlagen eine große Bedeutung für internationale Konflikte haben: Jahrhundertalte und noch ältere, abgesunkene kollektive Erinnerungen können geschichtspolitisch mobilisiert werden, so auch erfahrenes Unrecht oder imaginierte bzw. einstige Herrschaftsgröße, um vermeintliche Anrechte in der Gegenwart zu untermauern und ihre gewalttätige Umsetzung mit entsprechender Verfeindung zu legitimieren.

Weltweit ist in der Folge einer zunehmenden Politisierung von Konflikten die Bedeutung innergesellschaftlicher Problemlagen sowohl für innen als auch für internationalen Frieden gewachsen, so vor allem die sozioökonomische Ungleichheit mit erlebter mangelnder Beachtung und Achtung auf Seiten derer, die sich ungerecht behandelt sehen. Damit können weltweit auch Tendenzen zunehmen, sich von grundlegenden demokratischen Prinzipien der politischen Willensbildung abzuwenden, u.a. aufgrund mangelnder Erfahrung und mangelnden Wissens.

In den USA und damit auch in weiten Teilen des Westens wurde das Ende des Ost-West-Konflikts und der Sowjetunion als Sieg des Westens, der Demokratie und der Marktwirtschaft gedeutet. In der Nach-Gorbatschow-Ära wurde im Osten allerdings der Begriff der Demokratie durch einen wilden regellosen bis kriminellen Kapitalismus als »Chaos- und Verelendungssystem« (Egbert Jahn 2022) in Teilen der Bevölkerung diskreditiert. Es war eine winzige Schicht von »Oligarchen« entstanden, die superreich und mächtig wurden, während die Infrastrukturen materiell und sozial zerfielen und viele Menschen verarmten. So kamen Personen in machtvollen Ämtern, die auf die sozioökonomische Misere der Bevölkerung revisionistisch mit einer nationalistischen oder imperia-

listischen Politik antworteten, zusammen mit einer Unterdrückung elementarer demokratischer Rechte.

Die Denkschrift von 2007 legt Gewicht auf das immer bedeutende Thema Versöhnung. Eine ebenso große Herausforderung ist die Vermeidung kollektiver Verfeindungen innerhalb von Gemeinschaften und zwischen politischen Gemeinwesen. Dies ist umso wichtiger, als heute die große Vielfalt kultureller und nationaler Herkunft von Bürger*innen und Einwohner*innen auch in den demokratischen Ländern weiter zugenommen hat und zunehmen wird. So stehen sich in der Diaspora, auch in Deutschland, nicht selten Angehörige von Kriegs- oder Konfliktparteien gegenüber. Zu den bedeutenden innergesellschaftlichen Problemlagen mit Einfluss auf die internationale Politik gehören auch Tendenzen zu politischer Polarisierung und Verfeindung entlang kultureller und religiöser Linien in den Zuwanderungsländern, besonders auch im globalen Norden.

Zudem kommt in Zeiten digitaler privater oder von autoritären Regierungen kontrollierter Medien einem berufsethisch verantwortlichen Friedensjournalismus in Zeitungen, Zeitschriften, öffentlichen und privaten Fernsehsendungen und Blogs nach innen und außen eine nicht zu überschätzende Bedeutung zu. Dazu gehört auch das Sichtbar- und Bekanntmachen gewaltfreier Widerstandsaktivitäten und gewaltfreier Bewegungen gegen Unterdrückung und Angriffskriege (siehe u.a. Werner Wintersteiner 2022 und das Forum Ziviler Friedensdienst e.V., Mai 2022).

Von der Kommunikation hängt ab, ob innenpolitische Polarisierungen bis hin zu Demokratiefeindlichkeit bzw. auch international Verfeindungen zwischen Kollektiven zunehmen. **D**

Votum eines Mitverfassers zur Friedensdenkschrift 2007

Prof. em. Dr. Hans-Richard Reuter, Evangelisch-Theologische Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

A. Worin sehe ich uns bestätigt?

1. Es war richtig, dass wir *keinen prinzipiellen Pazifismus* vertreten haben, sondern von der wohlverstandenen Zuordnung der unterschiedlichen, im Blick auf das Friedensthema möglichen Gewissensentscheidungen ausgegangen sind (Nr. 60). Entgegen einer verbreiteten Meinung hat die Denkschrift hat auch nicht die Lehre vom gerechten Krieg durch die Lehre vom gerechten Frieden »ersetzt«. Vielmehr hat sie die gewaltbegrenzenden Kriterien der alten Lehre in eine Ethik rechts-erhaltender Gewalt überführt und damit in den veränderten normativen Rahmen des modernen Friedensvölkerrechts integriert. Die stärker gewordene kirchliche Tendenz, diese Spannung einseitig zugunsten politischer Empfehlungen für einen konsequenten »Weg der Gewaltfreiheit« aufzulösen (s. die Kundgebung der EKD-Synode 2019), halte ich für einen Irrweg. Einzelne und Gruppen können sich dafür entscheiden – eine Kirche, für deren gesellschaftliches Wirken es gut reformatorisch darauf ankommt, dass Christinnen und Christen im weltlichen Beruf politische Verantwortung übernehmen, kann es nicht.

2. Es gilt an der Grundorientierung durch die Maxime »gerechter Frieden durch Recht« festhalten. Die Zielperspektive einer kooperativen, regelbasierten Weltordnung (Nr. 86) ist unaufgebbar – selbst wenn wir derzeit zur Kenntnis nehmen müssen, dass Russland auf absehbare Zeit aus dem Kreis der vertrauenswürdigen Beteiligten ausscheidet. Im Übrigen macht auch eine eklatante Verletzung des Völkerrechts dessen Grundnormen nicht zur Makulatur. Bei breiter Missbilligung kann sie sogar zur Normbegründung beitragen. Nicht einmal Putin entblödete sich, seine »Militäroperation« mit völkerrechtlichen Topoi (»Selbstverteidigung«, »Verhinderung eines Genozids« usw.) zu bemänteln. Wer sich aber der Sprache des Rechts bedient begeht einen Akt der Selbstbindung, der ihn – ob er will oder nicht – dem Kampf ums Recht aussetzt. Die gute Nachricht ist: In diesem Kampf ums Recht gibt es kein staatliches Deutungsmonopol mehr. Er schließt heute die informelle Sanktionierung globalen Unrechts durch eine mobilisierte Weltöffentlichkeit ein.

B. Worin sehe ich neue Herausforderungen?

1. Die Denkschrift reagierte 2007 auf eine unipolare Konstellation, in der der Westen unter US-Dominanz beanspruchte, die eigenen Weltordnungsvorstellungen unilateral durchzusetzen. Wir antworteten auf eine Dekade des liberalen Interventionismus, der auf seine Weise das Völkerrecht destabilisiert hat: Es ging in den damals behandelten Fallgruppen (Nr. 105ff) um asymmetrische Konflikte: langanhaltende globale antiterroristische Kriegführung, menschenrechtsmissionarische Missachtung politischer Selbstbestimmung und Zwangsimpport westlicher Demokratievorstellungen. Nichts an dieser Kritik ist falsch, aber sehr viel weniger davon ist aktuell. Die geopolitische Lage ist eine andere. Bis vor kurzem schien sich die nach dem Kalten Krieg etablierte Unipolarität zu einem stärker multipolaren Muster zu entwickeln. Jetzt ist infolge des Ukrainekriegs eine neue, nuklear armierte Blockbildung USA/Europa vs. China/Russland u.a. nicht auszuschließen. Das heißt, dass für die *Durchsetzung internationalen Rechts* bis auf Weiteres noch weniger als früher auf die Mechanismen des UN-Systems kollektiver Sicherheit (Nr. 87) gesetzt werden kann. Die Vorschläge zur UN-Reform (Nr. 131) müssen auf der Agenda bleiben. Aber die Gewährleistung der territorialen Verteidigungsfähigkeit hat unweigerlich an Bedeutung gewonnen.

2. In der Denkschrift haben wir die Kriterien rechtserhaltender Gewalt als allgemeine Grundsätze eingeführt. Eine für den militärischen Anwendungskontext operationalisierbare Kasuistik wurde bewusst nicht vorgelegt. Wegen der Vielfalt möglicher Konfliktlagen und -dynamiken war das auch gut begründet. Was das *Selbstverteidigungsrecht* betrifft, so ist allerdings die damalige Fokussierung auf dessen missbräuchliche Instrumentalisierung für den Antiterrorkampf in der heutigen Situation unzureichend. Es braucht eine umfassendere ethische Reflexion auf das Recht der (individuellen und kollektiven) Selbstverteidigung im Sinn der Notwehr und der Nothilfe, sowie ihrer Ziele, Mittel und Grenzen. Dass sich im gegenwärtigen Szenario der Unterstützung der Ukraine mit Waffenlieferungen moralisch hoch sensible Fragen stellen, zeigt die aktuelle Debatte. Die Notwendigkeit, auf die militärische Aggressi-

on Russlands nicht zuletzt mit scharfen Wirtschaftssanktionen zu reagieren, könnte außerdem dafür sprechen, die Frage nach rechtserhaltender

militärischer Gewalt um diejenige nach den Legitimitätsbedingungen sanktionsbewehrten politischen Zwangs zu erweitern. 

Rückblick auf die Friedensdenkschrift von 2007 und aktuelle Herausforderungen

Thomas Rachel MdB, Mitglied im Rat der EKD, kirchen- und religionspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der CDU/CSU und Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)

Wir können über das Thema »Friedensethik« in diesen Tagen nicht reden bzw. nachdenken, als ob wir uns in einen luftleeren Raum befänden. Dieses Nachdenken, dieses Diskutieren, findet nämlich in der ganz konkreten Situation statt, dass ein Land, und zwar Russland, einen Angriffskrieg gegenüber seinem Nachbarland, der Ukraine, durchführt. Russland führt diesen Krieg mit aller Härte und Brutalität und verstößt damit ganz eindeutig gegen das Völkerrecht. Umso bemerkenswerter ist dabei, dass der Aggressor Russland selbst Mitglied des UNO-Sicherheitsrates und damit Vetomacht für wichtige Entscheidungen ist. Wir können uns des Weiteren vor Augen führen, dass wir auch bereits eine entscheidende Vollversammlung der Vereinten Nationen hatten, in der dieser Angriffskrieg klar verurteilt worden ist und Russland bereits aufgefordert worden ist, die Kriegsführung unverzüglich zu beenden.

Ich glaube, dass dieser völkerrechtswidrige Angriffs- und Eroberungskrieg Russlands sowohl die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik als auch die europäische und die internationale Weltfriedensordnung insgesamt auf den Prüfstand stellt. Und dieser bis vor kurzem noch unvorstellbare Krieg gegen die Ukraine wirft natürlich auch die Frage auf, welche Folgen das für das friedensethische Nachdenken in unserer Kirche hat.

Wenn wir uns die EKD-Friedensdenkschrift von 2007 vor Augen führen, auf die meine beiden Vorrednerinnen und Vorredner bereits eingegangen sind, dann habe ich den Eindruck, dass wesentliche Grundanliegen und Perspektiven dieser Friedensdenkschrift weiterhin ihre Gültigkeit haben und dass wir an ihnen auch zentral festhalten können, müssen und sollten. Dazu gehören beispielsweise das Grundkonzept des Gerechten Friedens, die »Ultima-Ratio«-Regel und die damit verbundene Strategie des Vorrangs friedlicher bzw. friedenserhaltender Instrumente und Mittel, die wir im Hinblick auf alle Arten militärischer Interventionen in der Friedensdenkschrift verankert haben. Der damalige EKD-Ratsvorsitzende Wolfgang Huber hatte im Vorwort der Denkschrift bereits sehr treffend formuliert: »Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten.

Wer aus dem Frieden Gottes lebt, tritt für den Frieden ein.« Das gilt nach wie vor.

Dieser Krieg Russlands und auch die Art und Weise, wie dieser Krieg in einer völlig enthemmten Art mit konventionellen Massenvernichtungswaffen durchgeführt wird, indem direkt gegen die Zivilbevölkerung vorgegangen wird und Schulen, Krankenhäuser, zivile Einrichtungen und Wohnviertel beschossen werden, so dass dabei Zivilisten zu Tausenden zu Tode kommen, ein solcher Krieg, der ja letztlich - so ja auch die ganz klare Zielformulierung von Wladimir Putin - auf die Auslöschung der Ukraine als freies demokratisches und eigenständiges Land mit eigener Kultur und Identität hinausläuft, ist für uns als Verfasser der Denkschrift im Jahre 2007 aber noch überhaupt nicht vorstellbar gewesen!

Die politische Zeitenwende durch diesen Krieg bedingt deshalb meiner Ansicht nach auch ein neues friedensethisches Nachdenken, eine Neubesinnung im Sinne einer verantwortungsethischen Antwort auf diese neue Bedrohungsherausforderung und auf die Defizite, die wir gegenwärtig in unserer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik erkennen müssen.

2007 haben wir in der Friedensdenkschrift entschieden und völlig zu Recht den Vorrang ziviler Konfliktbewältigungsmittel formuliert, haben aber gleichzeitig als Ultima Ratio auch den Begriff der rechtserhaltenden Gewalt im Rahmen des Völkerrechts und auf der Basis der universalen Menschenrechte nicht ausgeschlossen. Diese Balance war richtig und bleibt gültig.

Im Gegensatz zu der Situation vor 15 Jahren, als wir in der Kammer für Öffentliche Verantwortung zusammengesessen haben, müssen wir nun jedoch noch einmal schärfer auch der anderen, der bitteren Wahrheit ins Auge sehen, die damals vielleicht nicht so stark gesehen wurde. Lassen Sie es mich einmal so formulieren: Trotz aller christlichen Friedensbemühungen und Hoffnungen leben wir leider nach wie vor in einer zutiefst bössartigen Welt. Eine Welt, in der es viel Gewalt und auch Hass gibt. Und diese, unsere Welt, die

ja noch niemals wirklich friedlich war und es wahrscheinlich auch auf absehbarer Zeit nicht werden wird, ist leider nun einmal die Welt, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Und hier muss gesehen werden: Die Geister des brutalen, zwischenstaatlichen Eroberungskrieges sind nun leider wieder mitten bei uns in Europa erwacht.

Insofern müssen wir auch als Kirche ein Stück selbstkritisch zurückblicken. Ich denke übrigens, auch Teile der Friedensbewegung sollten das tun. Denn seit 2014, als die widerrechtliche russische Besetzung der Krim und des Donbass stattfand, hat es keine großen Friedensdemonstrationen gegeben. Auch nicht in Deutschland. Wir haben bereits damals rund 14.000 Tote zu beklagen gehabt. Ich bin selbst im Jahr 2019 in der Ukraine gewesen und habe mit vielen aus der zivilen Gesellschaft gesprochen. 1,2 Millionen Menschen sind damals schon vertrieben worden, als Flüchtlinge und Vertriebene aus diesen Gebieten, die ich gerade genannt habe. Darüber ist aber erstaunlich wenig gesagt worden. Ich habe deshalb bereits auf der EKD-Synode 2019 diesen Krieg in der Ostukraine als ›vergessenen Krieg‹ bezeich-

net. Es hat mich schon die ganzen Jahre aufgewühlt, dass wir auch als Kirche nicht hinreichend wahrgenommen und kritisiert haben, was dort im russischen Namen bzw. im Namen von Putin verursacht worden ist. Dafür gab es zwar auch auf der EKD-Synode nicht besonders viel Aufmerksamkeit oder gar Applaus. Trotzdem glaube ich, dass es richtig war, das so klar zu benennen.

Denn mit der Synoden-Kundgebung von 2019 hat ja auch ein Stück weit eine friedensethische Veränderung bzw. Akzentverschiebung in all diesen Fragen stattgefunden, und zwar weg von der balancierteren Sichtweise der Denkschrift von 2007, hin zu einem noch konsequenteren Weg der Gewaltfreiheit und des aktiven Gewaltverzichts. Ich glaube, dass mit dieser ganz prononcierten, nun ganz konsequent-pazifistischen Haltung von 2019, den Lebensrealitäten, mit denen wir uns nun leider wieder hautnah auseinandersetzen müssen, am Ende nicht genügend Rechnung getragen worden ist.

Und genau an diesem Punkt sollten wir deshalb wieder ins Gespräch kommen. 

Blickwinkel Osteuropa

»Im Angesicht des Ukrainekrieges: Evangelische Friedensethik vor neuen Herausforderungen« – Statement »Mein Blick auf Osteuropa«

Landesbischöfin a. D. Ilse Junkermann, Vorsitzende des Vorstands von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Mein Blick als Vorsitzende von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, unser Blick als ASF auf Osteuropa ist, wie unsere ganze Arbeit, vom Gründungsaufwurf von Aktion Sühnezeichen bestimmt sowie von unseren Erfahrungen seit dessen Umsetzung und der Umsetzung in der derzeitigen Kriegssituation:

1. Zum Gründungsaufwurf

Im Gründungsaufwurf vom 30. April 1958, verfasst von Präses Lothar Kreyssig, heißt es unter der Überschrift »Wir bitten um Frieden:

Wir Deutschen haben den Zweiten Weltkrieg begonnen und schon damit mehr als andere un-messbares Leiden der Menschheit verschuldet: Deutsche haben in frevlerischem Aufstand gegen Gott Millionen von Juden umgebracht. Wer von uns Überlebenden das nicht gewollt hat, der hat nicht genug getan, es zu verhindern.

Wir haben vornehmlich darum noch immer keinen Frieden, weil zu wenig Versöhnung ist. (...) Aber noch können wir, unbeschadet der Pflicht zu gewissenhafter politischer Entscheidung, der Selbstrechtfertigung, der Bitterkeit und dem Hass eine Kraft entgegensetzen, wenn wir selbst wirklich vergeben, Vergebung erbitten und diese Gesinnung praktizieren. Des zum Zeichen bitten wir die Völker, die Gewalt von uns erlitten haben, dass sie uns erlauben, mit unseren Händen und mit unseren Mitteln in ihrem Land etwas Gutes zu tun; ein Dorf, eine Siedlung, eine Kirche, ein Krankenhaus oder was sie sonst Gemeinnütziges wollen, als Versöhnungszeichen zu errichten.

Lasst uns mit Polen, Russland und Israel beginnen, denen wir wohl am meisten wehgetan haben.

Wir bitten heute, Deutsche die Deutschen, dass sich um Gottes Willen arbeitsfähige Frauen und Männer aller Stände und Konfessionen bereit

finden möchten, je auf ein Jahr nach Polen, Russland oder Israel zu gehen, um dort gemeinsam ein Friedenszeichen zu errichten (...).

Wir bitten die Regierungen Polens, der UdSSR und Israels, den Dienst - wie viele sich immer dazu bereit finden möchten - nicht als eine irgendwie beträchtliche Hilfe oder Wiedergutmachung, aber als Bitte um Vergebung und Frieden anzunehmen und zu helfen, dass der Dienst zustande kommt. (...)«

Davon ist unser Blick auf Osteuropa bis heute bestimmt, von diesen Grundgedanken:

- Friede braucht mehr als ein Waffenschweigen, damit er tragfähig ist. Er braucht Vergebung, Versöhnung bzw. Sühne-Zeichen als Grundlage, er braucht »geheilte« bzw. vertrauensvolle Beziehungen i. S. des Grundgebots der Nächstenliebe, auch und gerade um eines realistisch-nüchternen Menschenbildes willen, dass Frieden sich nicht von allein einstellt.
- Es gilt, angesichts von immenser Schuld, schlimmsten Verbrechen, Verfolgungen und Ermordungen durch Deutschland *Versöhnungs- als Friedenszeichen* zu setzen. Das können nicht mehr als Zeichen sein.
- Dahinter ist kein zuerst oder unmittelbar politischer Anspruch. Aufruf und Zeichendienst ergehen »unbeschadet der Pflicht zu gewissenhafter politischer Entscheidung«. Vielmehr sind sie von dem Ziel geleitet, Beziehungen aufzubauen. Versöhnung als Grundlage für Frieden braucht direkte Beziehungen; braucht Erfahrungen von wechselseitigem Hören und Wahrnehmen, Verstehen und Empathie; dies alles in der Haltung, den bzw. die andere als Subjekt zu respektieren und sie bzw. ihn nicht zum Objekt eigenen, auch »gutgemeinten«, Agierens zu machen. Solche Versöhnungszeichen und -dienste sind nötig, weil und solange die Folgen dieser

Gewalttaten und Zerstörungen in der Gegenwart wirken.

- Dahinter steht die Erfahrung: Wenn ›Werte‹ sich von konkreten Beziehungen lösen bzw. aus dem intersubjektiven Raum abgekoppelt werden, werden sie abstrakt und die Gefahr der Ideologisierung wächst. Deshalb müssen sie von einzelnen Menschen gelebt werden und sich in der konkreten Beziehung und Situation immer wieder bewähren.

2. Unsere Umsetzungserfahrungen

In vielen *Sommerlagereinsätzen*, v. a. von ASZ-Freiwilligen aus der DDR, wurden viele Beziehungen zu Projektpartnern wie zu einzelnen Personen innerhalb von Mittel- und Osteuropa aufgebaut; insbes. in Polen, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion, später Russland, Belarus, Ukraine. Schon bevor, insbesondere nach 1989/90, Freiwillige langfristig bei ukrainischen Partnerprojekten zu arbeiten begannen, konnte ASF gemeinsam mit Partnern vor Ort Sommerlager organisieren – u.a. im Dorf Peremoha, das von der SS komplett zerstört wurde, oder im galizischen Drohobycz, wo die Sommerlager-Teilnehmer*innen Wohnungen von älteren Mitgliedern der jüdischen Gemeinde renovierten.

Im *einjährigen Freiwilligeneinsatz* in insgesamt dreizehn west-, mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in Israel und den USA, sowie in einem Deutschlandprogramm mit Freiwilligen aus den genannten Ländern und in trilateralen Programmen (in Polen und Großbritannien) sind die Freiwilligen eingesetzt in den Bereichen:

- Unterstützung Shoa-Überlebender und ehemaliger NS-Zwangsarbeiter*innen,
- historische Bildungsarbeit und
- Sozialarbeit.

Sie leben die Leitgedanken unserer Arbeit:

- Unsere Partner*innen sind Subjekte, denen wir als solche begegnen.
- Wir nehmen ernst, was sie uns übermitteln, z. B. während des Bürgerkriegs in Belarus oder in Russland bei den Aktionen gegen Memorial.
- Wir halten uns mit Statements und öffentlichen Interventionsversuchen zurück, um die

Partner*innen und die Partnerschaft nicht zu gefährden.

- Wir geben ihnen allerdings Stimme in unseren Kontexten.
- Wegen der potentiellen Spannung zwischen den beiden Zielen ›Nie wieder Auschwitz‹ und ›Nie wieder Krieg‹ (aus den Heidelberger Thesen, die Kontext des ASZ-Aufrufs sind) vertreten wir keinen Fundamental-Pazifismus. Das bedeutet, dass wir zugleich Plattform für verschiedene friedensethische Positionen, auch innerhalb von ASF sind. Differenzen aushalten ist Friedensarbeit.

3. Das Genannte prägt unseren *Blick auf Osteuropa* und bestimmt unser Handeln in der gegenwärtigen Kriegssituation in der Ukraine:

- Wir erinnern an die Staaten, die zwischen Russland und Deutschland liegen und an ihre Erfahrungen und Interessen. Wir halten es für besonders wichtig dazu beizutragen, westdeutsche Blicke auf »Osteuropa« zu erweitern und zu differenzieren.
- Wir nutzen unsere Netzwerke nutzen für Information, Kommunikation und Hilfe.
- Wir verschaffen unseren Partner*innen Raum und Stimme in unseren Medien und Veröffentlichungen¹.
- Wir unterstützen ihren Widerstand gegenüber dem, was Menschen angetan wird.
- Wir nehmen ihre konkreten Erfahrungen ernst und bringen sie in gegenwärtige Diskurse ein.²
- Wir zeigen öffentlich Empathie³; und hoffen, damit einen Beitrag gegen ›Kriegsmüdigkeit‹ in unserer Gesellschaft zu leisten.
- Wir unterstützen Aktionen, die mit den Menschen in und aus der Ukraine solidarisch sind.⁴
- Wir helfen Geflüchteten als Teil unserer Kernaufgabe, Begegnungen mit Menschen aus anderen Ländern zu ermöglichen. Wir setzen diese Arbeit mit Ukrainer*innen weiter fort. Es ist uns ein besonderes Anliegen, den Menschen vor Ort und auf der Flucht zuzuhören und ihnen zu helfen, wo immer wir dies können. Insbesondere unsere ukrainisch und russisch sprechenden Freiwilligen sind bei der Aufnah-

me und Betreuung von Geflüchteten behilflich – in Berlin, Oświęcim, Lublin und Dachau. Viele unserer ehemaligen Freiwilligen sind mit ihren Freund*innen und Projektpartner*innen in der Ukraine im Kontakt, sie berichten davon in ihrem Umfeld, sie unterstützen Geflüchtete und geben die Anliegen der Menschen weiter und helfen, wo immer sie können.

■ Viele ehemalige Freiwillige sind zahlreiche Multiplikator*innen geworden, sie können Sprache und kennen Kultur, meist können sie sich viel schneller vorstellen, was in Osteuropa passiert, als viele andere Menschen in Deutschland; Sie bringen ihre Erfahrungen und Analysen in der Geflüchtetenhilfe, im Bereich der Hilfslieferungen, im Journalismus, in den politischen Diskurs usw. ein.

Anmerkungen:

¹ Z. B. Irina Scherbakowa, der Mitbegründerin von Memorial Russland, in einem unserer digitalen Salons am 26.1.2022, abrufbar unter https://www.youtube.com/watch?v=mW-qW_BwmTE (04.05.2022); oder das Interview mit unserer ukrainischen Landesbeauftragten auf der Homepage: <https://www.asf-ev.de/de/infotehke/themen/ukraine/wir-wuenschen-uns-vor-allem-frieden/>

² Z. B. in den derzeitigen friedensethischen Diskurs die belarussische Erfahrung, dass der dortige gewaltfreie Widerstand im Bürgerkrieg nicht erfolgreich war.

³ Unsere Erklärung vom 6. Mai 2022: <https://www.asf-ev.de/de/infotehke/aktuelles/newsmeldung/zum-krieg-in-der-ukraine/>

⁴ Als die Region rund um Odesa weitestgehend von internationalen Hilfslieferungen nicht berücksichtigt wurde, haben wir Medikamente, Hygieneartikel, Babynahrung und rare Lebensmittel geschickt. Auf den Rückfahrten konnten dann ukrainische Familien mit nach Deutschland genommen werden, die hier von Ehrenamtlichen aufgenommen und begleitet werden. Unsere ukrainische Landesbeauftragte ist mit unseren Partner*innen in Kontakt und organisiert mit großem Engagement Aktivitäten, die den Menschen vor Ort helfen. ASF ist darüber hinaus Teil des Hilfsnetzwerkes für Überlebende der NS-Verfolgung in der Ukraine, das Überlebenden in der Ukraine und auf der Flucht Unterstützung zukommen lässt. 

Impuls

Renata Alt, MdB, Vorsitzende des Ausschusses des Bundestages für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Als gebürtige Tschechoslowakin, die im Jahr 1992 als Diplomatin nach Deutschland kam, habe ich den Unterschied zwischen Freiheit und Unfreiheit, zwischen einem Staat, in dem kommunistische Nomenklatura das Sagen hatte und einem demokratischen Rechtsstaat sehr plastisch und intensiv erlebt. Transformation des gesamten ehemaligen Ostblocks nach dem Mauerfall in 1989 war für mich und viele Millionen Menschen ein sehr prägendes Erlebnis.

Im Jahr 1991 hat die Tschechoslowakei ein neues Generalkonsulat in München eröffnet und meine Aufgabe als Wirtschaftsattache war der Aufbau einer Handelsabteilung sowie der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu Bayern und Baden-Württemberg.

Dabei konnte ich feststellen: obwohl man zuvor Jahrzehnte lang durch den eisernen Vorhang getrennt war, gewisse Beziehungen zwischen Deutschland und Mitteleuropa existierten bereits. Man musste sie nur intensivieren und vertiefen. Die Beziehungen zur Slowakei, Tschechien, Ungarn und Polen wurden schon unter Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher aufgebaut. In den vergangenen Jahren hat sich in der deutschen Außenpolitik wenig geändert, obwohl die Signale aus Russland deutlich waren. Viele Repräsentanten in der Politik und Wirtschaft gingen von der Annahme aus, dass wir weiterhin gute Beziehungen zu Russland haben können, wenn man mit Russland enge wirtschaftliche Beziehungen pflegt. Es war die gleiche Annahme, wie schon zu Zeiten von Helmut Kohl und Angela Merkel.

Man machte einfach so weiter. Deutschland begab sich in eine enorme Abhängigkeit von russischen Energierohstoffen und die Bundesregierung trieb diese Abhängigkeit sogar noch weiter voran. Das Fatale war, dass man die Signale nach dem Jahr 2014 nach der russischen Annexion der Krim total unterschätzt hat.

Eine der Konsequenzen, die wir jetzt akut aus diesem Scheitern der deutschen Außenpolitik ziehen müssen, ist die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit mit den proeuropäischen Westbalkanländern. Denn sie gehören zu uns, sie gehören zu Europa. Wir müssen aufpassen, dass

wir den Westbalkan nicht dem Einfluss von China, Russland, Türkei, Saudi-Arabien überlassen. Dazu müssen wir eng mit unseren Mittel- und Osteuropäischen Partnern zusammenarbeiten. Es ist eine Form der Kooperation und Absprache, die innerhalb der EU immer noch fehlt. Die jetzige Krise ist eine gute Gelegenheit, diese Mängel zu beheben.

Gleiches gilt für die Länder der Östlichen Partnerschaft, die europäische Bestrebungen haben. Als ich in der vergangenen Legislaturperiode noch Berichterstatterin für Mittel- und Osteuropa war, habe ich das Auswärtige Amt mehrmals in den Ausschusssitzungen dazu aufgerufen, solche Länder wie Moldau oder Georgien enger an die EU anzubinden. Ich habe in meinen mündlichen Interventionen auf viele Warnsignale hingewiesen, als es 2018 einen sehr gefährlichen Zusammenstoß zwischen Russland und der Ukraine im Asowschen Meer gab.

Insbesondere das Land Moldau muss man aktuell bewundern, denn Moldau hat gemessen an der Zahl der Bevölkerung die allermeisten Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen. Gleichzeitig hat gerade Moldau Angst, nach der Ukraine das nächste Angriffsziel von Russland zu werden. In den vergangenen Monaten gab es zahlreiche Versuche, Moldau über das abtrünnige Transnistrien zu destabilisieren. Auch deshalb ist Zusammenarbeit mit diesen Ländern und deren Unterstützung gerade jetzt besonders wichtig.

Es ist mir außerdem wichtig einen weiteren Aspekt zu betonen. Als Vorsitzende der Parlamentariergruppe Tschechien, Slowakei, Ungarn im Deutschen Bundestag habe ich mich in der vergangenen Legislaturperiode mit diesen Ländern intensiv befasst und auch dort beunruhigende Tendenzen beobachtet. Die Verletzungen gegen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, insbesondere in Polen und Ungarn, sind sehr beunruhigend und bei jeder Gelegenheit habe ich diese scharf kritisiert. Gleichzeitig ist es mir wichtig zu betonen: wir müssen mit den mitteleuropäischen Ländern sehr eng zusammenarbeiten. Diese Länder fühlen sich als ein Puffer zwischen Russland und dem Rest von Europa, sie fühlen sich bedroht und diese Ängste hätten wir viel früher viel ernster nehmen müssen. Der Fokus im Deutschen

Bundestag und auch in der Bundesregierung ist in Richtung Westeuropa, insbesondere Frankreich, wesentlich intensiver gerichtet, als der Fokus auf Mitteleuropa. Das ist eine gefährliche Dysbalance. Dabei muss man sich vor Augen führen, dass gerade diese Länder derzeit im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise Beeindruckendes leisten und für die europäischen Werte einstehen. Das sieht man bei der Aufnahme der Flüchtlinge aus der Ukraine, bei der humanitären Hilfe, aber auch bei den Lieferungen von Waffen. Interessant war zum Beispiel bei der Slowakei zu sehen, wie das Land das eigene Flugabwehrsystem sofort, aber wirklich sofort, ohne darüber nachzudenken, der Ukraine zur Verfügung gestellt hat. Die Unterstüt-

zung seitens der mitteleuropäischen Länder war wesentlich schneller, als z.B. aus Deutschland. Das müssen wir auch entsprechend wertschätzen. Mit den mitteleuropäischen Ländern verbindet Deutschland auch eine große gegenseitige Abhängigkeit. Denn unglaublich viele Unternehmen aus Deutschland haben die Produktion gerade in die mitteleuropäischen Länder verlagert. Die Handelsbilanz mit den Visegrad-Ländern ist erheblich. Visegrad-Länder sind zusammengenommen ein wichtigerer Handelspartner für uns, als China oder die USA. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass wir bei den Sanktionen gegen Russland auch die Interessen dieser Region berücksichtigen müssen. **D**

Friedensethik angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine 2022

Stephan Bickhardt, Direktor der Evangelischen Akademie Sachsen und Vorsitzender Europa Maidan Leipzig e.V.

Der polnische Publizist Adam Michnik verlegte im Berliner Rotbuchverlag 1985 ein Buch mit bezeichnendem Titel: Polnischer Frieden. Aufsätze zur Konzeption des Widerstands. Dem friedensbewegtem Westen, mit dem er durchaus sympathisierte, wollte Michnik zeigen, dass es eine andere, eine weitere Perspektive auf den Frieden in der Zeit der Blockkonfrontation gab. Adam Michnik, neben Jacek Kuron und Anna Morawska einer der wichtigsten Vordenker der Gewerkschaft Solidarnosc und bis heute Herausgeber der auflagenstärksten polnischen Zeitung, der Gazeta Wyborcza, Adam Michnik schrieb, dass wer nach Frieden ruft, bereit sein muss Widerstand zu leisten, weil sonst unmöglich »Selbständigkeit«, »eine aktive Politik«, »die katholische Kirche«, »die nationale Solidarität«, »der Sozialismus«, »die Freiheit« erhalten werden können. Der gewiefte Oppositionelle und Historiker postulierte knapp, wer Frieden will, muss den Freiheitswillen zugleich meinen. Als am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht in Polen ausgerufen wurde und etwa 10.000 gesellschaftskritisch eingestellte Anhänger von Solidarnosc in Internierungslager gesteckt wurden, war jedem deutlich, dass die Vermutung stimmte, der neue Machthaber General Jaruzelski und seine Leute wollten es den bekannten sowjetischen Interventionen gleichtun. Die Sowjetunion mit ihren unseligen Übergriffen auf benachbarte Nationen wurde im Osten schon lange in einem anderen Blickfeld betrachtet als in den Kirchen des Westens. Der Sozialismus war längst auch in den Träumen zusammengebrochen, nachdem 1968 sowjetische Panzer durch Prag gerollt waren. Und vor allem wussten die Intellektuellen der mittelosteuropäischen Länder, das Hitler und Stalin bereits am 23. August 1939 den Pakt zur Aufteilung des östlichen Kontinents geschlossen hatten und nun eben sowjetische Truppen seit dem 16. September 1939 anfangen das östliche Polen zu besetzen. Der Deutsch-Sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 18. September 1939 legte die Angliederung Litauens an die Sowjetunion fest. Zwei Jahre gemeinsamer Krieg von Deutschland und der Sowjetunion! Die Illusion, dass die Sowjetunion und später der Nachfolgestaat Russland nun mal eben zu Friedenspartnern auf ewig werden könnten, hatten freie Intellektuelle des Ostens einfach nicht. Es ist ein fataler Fehler des

Westens, die Partner des neuen Europas seit der ersten EU-Osterweiterung 2004, also die Länder Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien nicht oder nur wenig verstanden zu haben. Und es ist ein weiterer fataler Fehler des Westens wechselseitige Handelsabhängigkeit mit Russland als vermeintliche Friedensgarantie aufzubauen. Wird grenzenlose kapitalistische Gewinnsucht hier ideologisch kaschiert? Dem Kapitalismus der globalen Welt fehlt seit Jahren eine wirksame politische Führung, die Märkte sind längst der Demokratie enteilt. Wie nun soll eine evangelische Friedensethik angesichts eines auch an diesem Tag durch Gastransporte finanzierten Angriffs auf die Ukraine antworten bzw. Einstellung gewinnen? Ich meine, es sollte Versäumtes nachgeholt werden.

1. Den friedensethischen Dialog mit den Kirchen Ost- und Südosteuropas und der Zivilgesellschaft führen. Begegnungen auf Augenhöhe organisieren, zahlreiche.
2. Ernsthaft über die Ausgestaltung der rechteerhaltenden Gewalt und ihrer Erlaubnisse und Nichterlaubnisse eine Verständigung suchen, auch mit den sehr unterschiedlichen Kirchen des Ostens.
3. Versöhnung der Völker heißt die Aufgabe. Christus stiftet einen Frieden, der tiefer und höher ist als unsere Vernunft. Die große Hilfe für Flüchtlinge jetzt zu einer großen Hinwendung zu den vielen Völkern des Ostens machen!

Es ist in der Einladung für den heutigen Tag vom Europa Maidan Leipzig e. V. die Rede. Wir gründeten uns aus Solidarität mit den Maidanrevolutionären. Das war im Juli 2014. Denn die Gewalterfahrung, die auf der Revolution der Würde lastete, wie die Maidan-Revolution von ihren Protagonisten genannt wurde, rief nach Solidarität. In den Monaten zuvor gab es aber längst schon Unterstützungsaktionen und irgendwann brauchte es eine Vereinsstruktur. Der Krieg heute ist im Kern ein Angriff auf den Maidan, denn Putin fürchtet die Demokratie, weil sie zu einem schnellen Ende seiner Gewaltherrschaft führen würde.

Fragen wir bitte einmal nach den Friedensvorstellungen der Tschechen und Slowaken, der Polen und der Esten, der Georgier und Moldawier, der Belarussen und wir werden von Menschen hören,

die sich schon seit Jahrzehnten keine Illusionen mehr machen über diese schreckliche Verbindung: imperialer Nationalismus und antidemokratische Alleinherrschaft. 

Jahrgang 2021

38/21 – **Zur Lage der Bibel in Deutschland und im deutschen Sprachraum** (Bericht bei der Vollversammlung der Deutschen Bibelgesellschaft, Stuttgart, 8. Juni 2021) / **Gottesdienst und Medialität** (Vortrag von Christoph Marksches bei der Liturgischen Konferenz, Hildesheim, 6. September 2021) – 28 Seiten / 3,60 €

39/21 – **Gottesdienstliches Leben während der Pandemie** (midi-Vergleichsstudie) – **Nachhaltige Digitalisierung evangelischer Gottesdienste** (Ergebnisse der Befragungsstudie ReTeOG 2) – 68 Seiten / 5,60 €

40-41/21 – **EKD-Fachforum »Inklusive Kirche gestalten«** Leicht verständliche Sprache und barrierefreie Kommunikation – Eine Herausforderung und Chance für den inklusiven Wandel in der Kirche. Hannover, 21. bis 22. September 2020 (digital) – 72 Seiten / 6,10 €

42/21 – **Südwestdeutsche Medientage: Was wärmt nach dem Lagerfeuer? Zur Fragmentierung der medialen Öffentlichkeit** (Evangelische Akademie der Pfalz, Landau, 9. bis 10. Juni 2021) – 28 Seiten / 3,60 €

43/21 – **Standards in den Seelsorgeausbildungen: christlich, muslimisch, interreligiös – Positionen, Grenzen, Herausforderungen** (Gemeinsame Tagung des Zentrums für Mission und Ökumene – Nordkirche weltweit, der Missionsakademie an der Universität Hamburg und der Schura – Rat der muslimischen Gemeinschaften in Hamburg e.V., Hamburg, 31. Mai bis 1. Juni 2021) – 52 Seiten / 5,30 €

44/21 – **Das Internet hat noch viel Raum – Digitale Projekte von und mit Senior:innen – Mehr digitale Souveränität gewinnen X** (Online-Tagung der Evangelischen Akademie im Rheinland, der Stabsstelle Kommunikation und Medien der Ev. Kirche im Rheinland und der Melancthon-Akademie Köln am 28. und 29. April 2021) – 32 Seiten / 4,30 €

45/21 – **Nach 100 Jahren: Apologetik heute** (Rede von Heinrich Bedford-Strohm beim Festakt zum 100-jährigen Bestehen der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Berlin, 14. September 2021) – **Eröffnung des Europäischen Zentrums Jüdischer Gelehrsamkeit an der Universität Potsdam** (Reden u. a. von Frank-Walter Steinmeier und Josef Schuster, 18. August 2021) – 20 Seiten / 2,80 €

46/21 – **Gesellschaft im Wandel: Welche Rolle hat die Kirche in der Gestaltung der Transformation?** (Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll, 12. Februar 2021, digital) – 24 Seiten / 3,60 €

47/21 – **Reformationstag** (Predigten Heinrich Bedford-Strohm und Franz-Josef Overbeck) – **Ökumenischer Gottesdienst zur Konstituierung des Deutschen Bundestags** (Predigt Prälat Dutzmann) – **Diakonie mit Zukunft – Impulse für eine zukunftsgerechte Orientierung diakonischer Praxis** (Festvortrag Prof. Dr. Uwe Becker) – **Evangelische Akademien in Deutschland** (Interview mit dem EAD-Vorstandsvorsitzenden Udo Hahn) – 24 Seiten / 3,60 €

48-49/21 – **unisono.VIELstimmigEINS. 200 Jahre Evangelische Landeskirche in Baden** 76 Seiten / 6,10 €

50/21 – **Digitale Synodentagung 2021 (1)** 2. verbundene Tagung der 13. Generalsynode der VELKD, der 4. Vollkonferenz der UEK und der 13. Synode der EKD, 6. bis 10. November 2021 44 Seiten / 4,90 €

51/21 – **Verleihung des ökumenischen Predigtpreises 2021** (17. November 2021, Namen-Jesu-Kirche Bonn) 24 Seiten / 3,60 €

Jahrgang 2022

01-02/22 – **Rüstungsexportbericht 2021 der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)** 84 Seiten / 6,60 €

03/22 – **Treibhausgas- und Klimaneutralität der Kirchen Positionspapier zur Definition von Klimaschutzziele und Reduktionspfaden im kirchlichen Kontext** (Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST), Heidelberg, November 2021) 32 Seiten / 4,30 €

04/22 – **Digitale Synodentagung 2021 (2)** 2. verbundene Tagung der 13. Generalsynode der VELKD, der 4. Vollkonferenz der UEK und der 13. Synode der EKD, 6. bis 10. November 2021 44 Seiten / 4,90 €

05/22 – **Theologie im Gespräch – Jürgen Moltmann zum 95. Geburtstag** (Symposium der Evangelischen Akademie Bad Boll, 22. bis 24. Oktober 2021) 60 Seiten / 5,30 €

06/22 – **Digital – parochial – global?! Ekklesiologische Perspektiven im Digitalen (5)** (Workshopreihe der Evangelischen Akademie der Pfalz, der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) und der Evangelischen Akademie im Rheinland; Workshop V: Update – Was macht die Digitalisierung aus der Kirche? Was macht die Kirche aus der Digitalisierung?, 17./18. September 2021, Landau) 32 Seiten / 4,30 €

07/22 – **Digitale Synodentagung 2021 (3)** 2. verbundene Tagung der 13. Generalsynode der VELKD, der 4. Vollkonferenz der UEK und der 13. Synode der EKD, 6. bis 10. November 2021 56 Seiten / 5,30 €

08/22 – **»Theologie für die ehrenamtliche Verkündigung« – Symposium 60 + 1 Jahre Kirchlicher Fernunterricht der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM)**, Collegium Maius/Landeskirchenamt der EKM, Erfurt, 8.-10. Oktober 2021 44 Seiten / 4,90 €

09/22 – **Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt: »Bochumer Impuls«** (Prof. Dr. Traugott Jähnichen, Prof. Dr. Johannes Rehm, Sigrid Reihls) – **Festakt zum 90. Geburtstag von Prof. em. Dr. Günter Brakelmann** (3. September 2021, Christuskirche Bochum) 24 Seiten / 3,60 €

Jahrgang 2022

10-11/22 – **Churches for Future – Kirche als Motor für Klimagerechtigkeit?** Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll (hybrid), 24.-25. Juli 2021
88 Seiten / 6,60 €

12/22 – **Stimmen aus Kirche und Friedensgruppen zum russischen Angriff auf die Ukraine**
72 Seiten / 6,10 €

13/22 – **Ökumenischer Lagebericht 2021 des Konfessionskundlichen Instituts** – 48 Seiten / 4,90 €

14/22 – **Kirchliche Weggemeinschaft in turbulenten Zeiten** – Fünf-Jahres-Bericht der Meissen Kommission: 2017-2021. Die Kirche von England und die Evangelische Kirche in Deutschland – 24 Seiten / 3,60 €

15/22 – **Israel – Palästina. Leitgedanken und erläuternde Thesen** (Ein Gesprächsimpuls aus den fünf Landeskirchen Baden, Hessen und Nassau, Pfalz, Rheinland sowie Westfalen) / **Texte zum Thema Israel – Palästina** von EKD, EKIR, EAiD, Evangelisch-Jüdische Gesprächskommission (Schweiz), United Church of Christ (USA), United Reformed Church (England), Church of Norway – 40 Seiten / 4,30 €

16-17/22 – **Gott raus – Kunst rein? Positionen zum Verhältnis von Kunst und Kirche in der Gegenwart**
Evangelische Akademie Hofgeismar, 29. bis 31. Oktober 2021. In Kooperation mit: Artheon – Gesellschaft für Gegenwartskunst und Kirche e.V. (Berlin) und Evangelische Akademie Abt Jerusalem (Braunschweig)
72 Seiten / 6,10 €

18/22 – **Auseinandersetzung im Bundestag um die Corona-Impfpflicht** (Beschlussempfehlungen und Auszüge aus den Plenardebatten) – 60 Seiten / 5,30 €

19/22 – **EKD-Fachforum »Inklusive Kirche gestalten« – Aktionspläne Inklusive Kirche**, Hannover, 11.-12. Oktober 2021 (digital) – 36 Seiten / 4,30 €

20/22 – **»Frieden schaffen – doch mit Waffen?« Die evangelische Kirche und der Ukraine-Krieg**
56 Seiten / 5,30 €

21/22 – **Evangelische Akademie Tutzing: Toleranzpreis, Kaschnitz-Preis, Kanzelrede** – 32 Seiten / 4,30 €

22/22 – **Zwischen Kultur und Kommerz – Was ist der Sport uns wert?** (Vierter Sportethischer Fachtag der EKD, Evangelische Akademie Frankfurt, 22. März 2022) – 44 Seiten / 4,90 €

23/22 – **Angesichts des Todes – christliche und muslimische Perspektiven für die Seelsorge** (Dritte christlich-muslimische Seelsorge-Tagung, Haus Villigst, Schwerte, 28. Oktober 2021) – 32 Seiten / 4,30 €

24/22 – **Mitten im Leben! Prädikant:innen in der Evangelischen Landeskirche in Baden** (Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, Mai 2022)
28 Seiten / 3,60 €

25/22 – **Im Angesicht des Ukrainekrieges: Evangelische Friedensethik vor neuen Herausforderungen** (Studientag der Ev. Akademie im Rheinland, der Ev. Akademie Sachsen, der Ev. Akademie Villigst, der Ev. Akademie Bad Boll und der Ev. Akademie Thüringen, 12. Mai 2022 (digital) – 36 Seiten / 4,30 €

Der Informationsdienst **epd**-Dokumentation (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an:
GEP-Vertrieb
Tel.: (069) 58 098-225.
E-Mail: kundenservice@gep.de
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 32,05 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 37,30 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format 30,15 €. Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzelexemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,50 €.

epd-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.